

## Streitwertkatalog für die Sozialgerichtsbarkeit

### **Streitwertkatalog 4. Aufl. 2012**

**[Stand: Mai 2012]**

Überarbeitung des von der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der Landessozialgerichte am 16. Mai 2006 auf Vorschlag des Landessozialgerichts Rheinland-Pfalz beschlossenen Streitwertkatalogs 2006

## A. Vorbemerkungen

1. Der **Streitwert** (Wert des Streitgegenstandes; § 3 des Gerichtskostengesetzes -GKG-) ist auch in den Verfahren vor den Gerichten der Sozialgerichtsbarkeit maßgebend für die Höhe der gerichtlichen Kosten (Gebühren und Auslagen). Kosten werden nur in den Verfahren erhoben, in denen § 197a des Sozialgerichtsgesetzes (SGG) anzuwenden ist (§ 1 Abs. 1 Nr. 4 des GKG).
  
2. Für die Festsetzung der **Höhe des Streitwerts** gilt grundsätzlich:
  - a) Der Streitwert ist nach der sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen (§ 52 Abs.1 GKG).
  
  - b) Bietet der Sach- und Streitstand für die Bestimmung des Streitwerts keine genügenden Anhaltspunkte, ist ein Streitwert von 5000 Euro anzunehmen (§ 52 Abs. 2 GKG: Regelstreitwert [BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -; 01.02.2005 - B 6 KA 70/04 B -; 15.01.2009 - B 3 KS 5/08 B -]; auch: Auffangwert bzw. Auffangstreitwert [BSG, 28.02.2006 - B 2 U 31/05 R -; 09.05.2006 - B 2 U 34/05 R -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R; LSG Schleswig-Holstein, 14.03.2006 - L 4 KA 3/04 -; Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 52 GKG Rdnr. 20] oder Regelwert [BSG, 28.11.2007 - B 6 KA 26/07 R -; 15.01.2008 - B 12 KR 69/07 B -]). Ein Abschlag von diesem Auffangstreitwert ist nach der gesetzlichen Regelung nicht möglich (BSG, 21.07.2010 - B 7 AL 60/10 B -; 14.05.2012 - B 8 SO 78/11 B -), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Auffangstreitwerts ist nicht gegeben (BSG, 08.12.2009 - B 12 R 7/09 B; 05.03.2010 - B 12 R 8/09 R -); vgl. zu § 86b SGG B 11.1.
  
  - c) Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt ist deren Höhe maßgebend (§ 52 Abs. 3 GKG). Für die Ansetzung des Streitwerts ist der Urkundsbeamte der Geschäftsstelle zuständig (Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 63 GKG Rdnrn. 2-4).
  
  - d) In Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes nach § 86b SGG bestimmt sich der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG (§ 53 Abs. 3 Nr. 4 GKG).
  
  - e) Werden Ansprüche auf wiederkehrende Leistungen dem Grunde oder der Höhe nach geltend gemacht oder abgewehrt, ist der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen maßgebend, wenn nicht der Gesamtbetrag der geforderten Leistungen geringer ist (§ 42 Abs. 1 GKG).  
Ist die Höhe des Jahresbetrags nicht nach dem Antrag des Klägers bestimmt oder nach diesem Antrag mit vertretbarem Aufwand bestimmbar, ist der Streitwert nach § 52 Abs. 1 und 2 GKG zu bestimmen (§ 42 Abs. 3 Satz 2 GKG).
  
  - f) Sind außer dem Hauptanspruch noch Nebenforderungen (z.B. Zinsen, Kosten) betroffen, wird der Wert der Nebenforderungen nicht berücksichtigt (§ 43 Abs. 1 GKG).  
Sind Nebenforderungen ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Wert der Nebenforderungen maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 2 GKG). Diese Begrenzung auf die Höhe der Hauptforderung gilt nicht, wenn die Hauptforderung von vornherein nicht rechtshängig war oder erledigt ist und nur die Nebenforderung streitig ist (Zinsen, BSG, 08.09.2009 - B 1 KR 8/09 R -).

Sind die Kosten des Rechtsstreits ohne den Hauptanspruch betroffen, ist der Betrag der Kosten maßgebend, soweit er den Wert des Hauptanspruchs nicht übersteigt (§ 43 Abs. 3 GKG).

- g) Für die Wertberechnung ist der Zeitpunkt der den jeweiligen Streitgegenstand betreffenden Antragstellung maßgebend, die den Rechtszug einleitet (§ 40 GKG). Dies ist der Zeitpunkt der Klageerhebung bzw. der Einlegung des Rechtsmittels (LSG Nordrhein-Westfalen, 14.09.2011 - L 2 U 298/11 B -). Nach teilweiser Erledigung des Rechtsstreits ist eine gestaffelte Streitwertfestsetzung (vgl. auch B. 6.) vorzunehmen; das Rechtsschutzinteresse bei anwaltlicher Vertretung ergibt sich aus § 32 RVG (Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 52 GKG Rdnr. 16; LSG Rheinland-Pfalz, 13.03.2007 - L 5 B 373/06 KNK -; LSG Nordrhein-Westfalen, 20.05.2008 - L 16 B 87/07 KR -; 03.07.2008 - L 16 B 31/08 KR -; Bayerisches LSG, 14.09.2011 - L 2 U 298/11 B -).
3. Der Streitwert ist sogleich mit der Einreichung der Klage-, Antrags- oder Rechtsmittelschrift oder mit der Abgabe der entsprechenden Erklärung zu Protokoll ohne Anhörung der Beteiligten **vorläufig festzusetzen**, wenn Gegenstand des Verfahrens nicht eine bestimmte Geldsumme in Euro ist oder gesetzlich kein fester Wert bestimmt ist (§ 63 Abs. 1 Satz 1 GKG). Ein Beschwerderecht gegen die vorläufige Streitwertfestsetzung ist nicht gegeben (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 03.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -; 29.03.2009 - L 11 R 882/11 B -; auch nicht aus § 32 Abs. 2 RVG: LSG Schleswig-Holstein, 09.07.2012 - L 4 SF 80/11 B SG -); auch eine Überprüfung im Rahmen der Beschwerde gegen den Kostenansatz (§ 66 Abs. 2 GKG) kommt nicht in Betracht (Thüringer LSG, 16.02.2007 - L 6 B 141/06 SF -).

Spätestens nach Abschluss des Verfahrens ist der Streitwert **endgültig festzusetzen** (§ 63 Abs. 2 GKG). Ein Antrag ist nicht notwendig, kann aber (vgl. § 32 Abs. 2 RVG durch Rechtsanwalt), gestellt werden. Die Festsetzung ist erst nach Beendigung der Rechtshängigkeit zulässig (Bayerisches LSG, 04.07.2006 - L 5 B 160/06 KR -); ein verfrüht ergangener endgültiger Festsetzungsbeschluss ist aufzuheben (Thüringer LSG, 10.12.2010 - L 6 KR 972/10 B -; beim Ruhen des Verfahrens und statistischer Erledigung: Sächsisches LSG, 19.03.2012 - L 3 AS 897/11 B -); vgl. zur Nachholung einer unterbliebenen Streitwertfestsetzung durch das Rechtsmittelgericht B. 16.2.

Diese Festsetzungen sind auch für die Gebühren des Rechtsanwalts maßgebend (§ 32 Abs. 1, § 3 Abs. 1 Satz 2 RVG).

4. Der Streitwertkatalog soll dazu beitragen, die Maßstäbe der Festsetzung des Streitwerts zu **vereinheitlichen** und die Entscheidungen der Gerichte **vorhersehbar** zu machen. Er erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Der Streitwertkatalog ist eine **Empfehlung** auf der Grundlage der Rechtsprechung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit unter Berücksichtigung der einschlägigen Rechtsliteratur. Die Empfehlungen sind Vorschläge ohne verbindliche Wirkung für die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit (vgl. LSG Nordrhein-Westfalen, 17.12.2009 - L 11 B 7/09 KA -; LSG Sachsen-Anhalt, 10.01.2011 - L 10 KR 71/10 B -).

5. Der Streitwertkatalog wird in regelmäßigen Zeitabständen aktualisiert und fortgeschrieben werden. Zuständig hierfür ist das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz.

## B. Allgemeines; Verfahrensrecht

<b>1.</b>	<b>Grundsätzliches</b>
1.1	Ein Streitwert nach dem GKG ist nicht festzusetzen, wenn keine streitwertabhängigen Gerichtsgebühren anfallen <vgl. § 63 Abs. 1 Satz 1 GKG> (BSG, 01.09.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 11.09.2009 - B 1 KR 3/09 D -; 07.09.2010 - B 1 KR 1/10 D -; vgl. auch B. 13.1 und 26.1). Die Gebührentatbestände des GKG sind für Verfahren nach dem SGG abschließend und lassen eine analoge Anwendung nicht zu (BVerfG, 20.04.2010 - 1 BvR 1670/09 -). Auf Antrag eines Rechtsanwalts (§ 33 RVG) ist jedoch zum Zwecke der anwaltlichen Gebührenfestsetzung eine Festsetzung des Streitwerts vorzunehmen (BSG, 01.09.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 26.10.2010 - B 8 AY 1/09 R -; 16.01.2012 - B 11 SF 1/10 R -).
1.2	Für die Anwendung des § 197a SGG ist auf die Stellung eines Beteiligten im jeweiligen Rechtszug abzustellen. Ein Kostenprivilegierter hat auch dann keine Gerichtskosten zu tragen, wenn er in seiner ursprünglichen Rolle als Beigeladener in einem Prozess zwischen Nichtprivilegierten Rechtsmittel einlegt. Diese Kostenprivilegierung erstreckt sich dann auch auf einen nicht privilegierten Rechtsmittelführer (BSG, 13.04.2006 - B 12 KR 21/05 B -; 29.05.2006 - B 2 U 391/05 B -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R -; 24.05.2012 - B 9 V 2/11 R -); vgl. auch B. 5.5.
1.3	Versicherter gem. § 183 Satz 1 SGG ist - unabhängig vom Ausgang des Verfahrens - jeder Beteiligte, über dessen Status als Versicherter gestritten wird. Auch wenn der Beteiligte die vom Versicherungsträger behauptete Versicherteneigenschaft bestreitet, gilt der insoweit allgemeine Rechtsgedanke des § 183 Satz 3 SGG (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; 27.10.2009 - B 1 KR 12/09 R -); vgl. auch C. IV. 9.1, VI. 1.1, IX. 4.2.
1.4	Die Kostenprivilegierung gilt nach § 183 S. 3 SGG für denjenigen, der sich eines Rechts berührt, bei welchem die Voraussetzungen dieser Norm vorliegen (BSG, 13.07.2010 - B 8 SO 13/09 R -).
1.5	Die Kostenprivilegierung des § 183 S. 1 SGG entfällt bei einem Beteiligtenwechsel vor dem Beginn des Rechtszuges; vgl. auch § 183 Satz 2 SGG (BSG, 03.08.2006 - B 3 KR 24/05 R -).
1.6	Für die Festsetzung des Streitwerts ist die sich aus dem Antrag des Klägers für ihn ergebende Bedeutung der Sache maßgebend, dh in der Regel das wirtschaftliche Interesse an der erstrebten Entscheidung (§ 52 Abs. 1 GKG; BSG, 05.10.1999 - B 6 KA 24/98 R -), maßgebend ist der weitestgehende Antrag (LSG Sachsen-Anhalt, 26.04.2012 - L 4 P 1/10 B -); keine Erhöhung im Hinblick auf das wirtschaftliche Interesse eines Beigeladenen (BSG, 12.12.1996 - 1 RR 5/90 -).
1.7	Der mittelbare wirtschaftliche Wert eines endgültigen oder vorläufigen Prozesserfolgs ist bei der Streitwertfestsetzung nicht zu berücksichtigen (BSG, 09.05.2000 - B 6 KA 72/97 R -; vgl. auch zu § 144 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 SGG: BSG, 06.02.1997 - 14/10 BKg 14/96 -).
1.8	Bei Musterverfahren sind die wirtschaftlichen Folgewirkungen für andere Klageansprüche nicht zu berücksichtigen (BSG, 25.09.1997 - 6 RKa 65/91 -; 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R -).

1.9	Eine Streitwertfestsetzung darf auch im Urteil erfolgen (BSG, vgl. z.B. 22.09.2009 - B 2 U 32/08 R -; 22.06.2010 - B 1 A 1/09 R -; 01.07.2010 - B 11 AL 6/09 R -; 09.11.2011 - B 12 KR 3/10 R -; 22.03.2012 - B 8 SO 2/11 R -; LSG Rheinland-Pfalz, 23.03.2009 - L 1 AL 25/09 B -; Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 63 GKG Rdnr. 26; a.A.: LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2008 - L 9 KR 119/08 -; 30.06.2010 - L 9 KR 42/09 -).
1.10	Die Höhe des Streitwerts unterliegt nicht der Dispositionsfreiheit der Beteiligten (arg. § 61, § 63 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 Satz 1 GKG).
<b>2.</b>	<b>Feststellungsklage</b>
2.1	Der Streitwert ist grundsätzlich niedriger als der Streitwert der Leistungsklage (Bayerisches LSG, 15.07.2005 - L 3 B 154/05 KA). Bei einer Feststellungsklage, die mit einer Leistungsklage gleichwertig ist, bemisst sich der Streitwert nach dem Betrag, den der Kläger letztlich erstrebt. Ein Abzug ist nicht vorzunehmen (BSG, 05.10.1999 - B 6 Ka 24/98 R -). Regelstreitwert, wenn Anhaltspunkte für eine anderweitige Festsetzung fehlen (BSG, 15.01.2009 - B 3 KS 5/08 B -); vgl. zur Fortsetzungsfeststellungsklage B.8.
<b>3.</b>	<b>Bescheidungsklage</b>
3.1	Bei Verpflichtungs-Neubescheidungen beträgt der Wert des Streitgegenstandes drei Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der "Hauptsache" (Hälfte: LSG Baden-Württemberg, 23.05.1996 - L 5 Ka 653/96 W-A -; drei Viertel: LSG Schleswig-Holstein, 22.09.2003 - L 6 SF 22/03 SG -).
3.2	Bei Anfechtungs-Neubescheidungen ist der mit dem Verwaltungsakt angeforderte Betrag in voller Höhe als Streitwert zugrunde zu legen (BSG, 16.07.2008 - B 6 KA 57/07 R -); vgl. C.X.15.2.
<b>4.</b>	<b>Untätigkeitsklage</b>
4.1	Der Wert des Streitgegenstandes beträgt unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Bedeutung der Verzögerung 10 bis 25 v.H. des Streitwerts der "Hauptsache" (LSG Rheinland-Pfalz, 11.08.1994 - L 3 Sb 19/94 -; Bayerisches LSG, 09.01.1997 - L 12 B 185/95 Ka -), evtl. ein Drittel der "Hauptsache" (SG Berlin, 11.03.2009 - S 47 SO 2743/08 -) bzw. Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.02.2012 - L 24 KA 22/11 B -).
<b>5.</b>	<b>Klage-/Antragshäufung</b>
5.1	Richtet sich eine Klage gegen mehrere Beklagte, so ist der Streitwert auf ein Mehrfaches des wirtschaftlichen Wertes für den Kläger (§ 39 Abs. 1 GKG; BSG, 08.04.2005 - B 6 KA 60/04 B -), hilfsweise auf ein Mehrfaches des Regelstreitwertes festzusetzen.
5.2	Ein hilfsweise geltend gemachter Anspruch wird mit dem Hauptanspruch zusammengerechnet, soweit über ihn entschieden wird (§ 45 Abs. 1 S. 2 GKG). Betreffen die Ansprüche denselben Gegenstand, ist nur der Wert des höheren Anspruchs maßgebend (§ 45 Abs. 1 S. 3 GKG).
5.3	Bei subjektiver Klagehäufung kommt es nicht auf die Anzahl der Prozessrechtsverhältnisse, sondern darauf an, ob mehrere unterschiedliche

	Streitgegenstände vorliegen (BSG, 14.09.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -).
5.4	Ist bei teilbarem Streitgegenstand nur ein Teil kostenprivilegiert, so ist bei der Kostenentscheidung nach den Streitgegenständen zu differenzieren. Dies gilt sowohl bei einer objektiven Klagehäufung als auch bei einer Eventualklagehäufung (BSG, 26.07.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.09.2006 - B 1 KR 1/06 R -; LSG Baden-Württemberg, 30.03.2012 - L 4 R 2043/10 -).
5.5	Ist bei unteilbarem Streitgegenstand ein kostenrechtlich Privilegierter Hauptbeteiligter, gilt für die jeweilige Instanz einheitlich die Regelung für Kostenprivilegierte. Dies gilt auch bei subjektiver Klagehäufung mit einem nicht Kostenprivilegierten (BSG, 29.05.2006 - B 2 U 391/05 B -; 26.07.2006 - B 3 KR 6/06 B -; 26.09.2006 - B 1 KR 1/06 R -; 30.07.2008 - B 5a/5 R 30/07 R -; 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R -) und unabhängig davon, ob die Klagen von Anfang an gemeinsam erhoben oder erst nach einem gerichtlichen Verbindungsbeschluss in einem Verfahren geführt werden (Bayerisches LSG, 02.03.2010 - L 5 R 109/10 B -).
<b>6.</b>	<b>Klageänderung</b>
6.1	Eine Streitwertaddition ist nicht vorzunehmen, sondern ggfs. eine zeitlich gestaffelte Festsetzung (OLG Düsseldorf, 16.08.2010 - I-24 W 9/10 - auch zum Streitstand). vgl. auch A. 2. g).
<b>7.</b>	<b>Gerichtlicher Vergleich</b>
7.1	Wenn Einigung auch über nicht streitgegenständliche Ansprüche oder Rechtsverhältnisse: abweichend von § 40 GKG Zusammenrechnung aller Streitgegenstände (OVG Rheinland-Pfalz, 08.07.2011 - 10 B 10684/11 -; LSG Rheinland-Pfalz, 25.08.2011 - L 5 KA 38/11 B -).
<b>8.</b>	<b>Fortsetzungsfeststellungsklage (§ 131 Abs. 1 Satz 3 SGG)</b>
8.1	Die Hälfte des Streitwerts (BSG, 10.03.2010 - B 3 KR 26/08 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.04.2010 - L 1 B 16/09 AL -); vgl. zur Feststellungsklage B. 2.
<b>9.</b>	<b>Verbindung mehrerer Rechtsstreitigkeiten (§ 113 SGG)</b>
9.1	Bis zur Verbindung gesonderte Festsetzung für jedes Verfahren, danach gem. § 39 Abs. 1 GKG Zusammenrechnung (BSG, 23.03.2010 - B 8 SO 2/09 R -).
<b>10.</b>	<b>Beigeladene</b>
10.1	Für Beigeladene ist grundsätzlich der Antrag des Klägers maßgebend. Eine gesonderte Streitwertfestsetzung <niedriger, wenn kein eigenes Interesse am Ausgang des Rechtsstreits> ist zulässig (BSG, 19.02.1996 - 6 RKa 40/93 -). Der Streitwert darf jedoch nicht höher als der für die Hauptbeteiligten festgesetzt werden (BSG, 25.11.1992 - 1 RR 1/91 -); vgl. auch B. 1.2.
<b>11.</b>	<b>Einstweilige Anordnung; vgl. auch A.2.d)</b>
11.1	Der Streitwert beträgt ein Viertel bis zur Hälfte des Streitwerts der Hauptsache je nach deren wirtschaftlicher Bedeutung. Bei Vorwegnahme der Hauptsache ist

	in der Regel der volle Streitwert festzusetzen. Voller Auffangstreitwert in Verfahren nach § 86b SGG (§§ 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Abs. 2 GKG; Sächsisches LSG, 24.02.2010 - L 1 P 1/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 29.03.2010 - L 27 P 14/10 B ER -; LSG Sachsen-Anhalt, 11.08.2011 - L 4 P 8/11 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 12.08.2011 - L 15 P 2/11 B ER -).
11.2	Bei Verfahren nach § 86a Abs. 2 und § 86b Abs. 1 S. 1 Nr. 2 SGG: ein Viertel des Hauptsachestreitwertes (BSG, 29.08.2011 - B 6 KA 18/11 R -; LSG Baden-Württemberg, 14.02.2007 - L 5 KR 2854/06 W-A -; 13.02.2012 - L 13 R 4441/11 B -; LSG Berlin-Brandenburg, 02.03.2012 - L 2 U 164/11 B ER -).
<b>12.</b>	<b>Gegenvorstellung; Änderung der Feststellung von Amts wegen oder auf Antrag eines Beteiligten (§ 63 Abs. 3 GKG)</b>
12.1	Gegen unanfechtbare Streitwertbeschlüsse ist die Gegenvorstellung statthaft. Die Einlegung muss innerhalb eines Monats erfolgen (BSG, 08.09.1997 - 3 RK 27/95 -).
12.2	Auch im Gegenvorstellungsverfahren ist eine Kostenentscheidung zu treffen (BSG, 28.07.2005 - B 13 RJ 178/05 B -) und der Streitwert festzusetzen (LSG Nordrhein-Westfalen, 27.01.2009 - L 16 B 24/08 R -).
<b>13.</b>	<b>Rechtswegbeschwerde</b>
13.1	Im Verfahren über eine Rechtswegbeschwerde ist eine Kostenentscheidung zu treffen, da § 17b Abs. 2 GVG hier keine Anwendung findet (BSG, 29.09.1994 - 3 BS 2/93 -; 09.02.2006 - B 3 SF 1/05 R -; 01.04.2009 - B 14 SF 1/08 R -). Keine Streitwertfestsetzung notwendig, wenn die Beschwerde verworfen oder zurückgewiesen wird, da sich dann die Gerichtsgebühr nicht nach einem Streitwert richtet, sondern eine Festgebühr gem. Nr. 7504 Anl. 1 zum GKG anfällt (BSG, 26.10.2010, B 8 AY 1/09 R -; 03.08.2011 - B 11 SF 1/10 R -; 04.04.2012 - B 12 SF 1/10 R -; vgl. auch B. 1.1 und 26.1); a.A.: Festsetzung eines Streitwerts, im Regelfall ein Fünftel, höchstens bis zu einem Drittel des Hauptsachewerts (BSG, 06.09.2007 - B 3 SF 1/07 R -; 22.04.2008 - B 1 SF 1/08 R -; 06.10.2008 - B 3 SF 2/08 R -).
<b>14.</b>	<b>Nichtzulassungsbeschwerde</b>
14.1	Der Streitwert bemisst sich gemäß § 47 Absatz 3 GKG nach dem Streitwert des Rechtsmittelverfahrens (BSG, 12.09.2006 - B 6 KA 70/05 B -; 25.07.2011 - B 12 KR 114/10 B -).
<b>15.</b>	<b>Beschwerde gegen Festsetzung des Streitwerts</b>
15.1	Möglich auch wenn Streitwertfestsetzung im Urteil erfolgt ist (vgl. B. 1.9.), da darin Beschluss zu sehen (Meyer-Ladewig, SGG, 10. Aufl. § 197a Rdnr. 5). Das Gericht ist an keine Anträge gebunden. Es gilt auch nicht das Verschlechterungsverbot (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; vgl. auch B.1.10).
15.2	Vor der Entscheidung über die Beschwerde hat das SG nach §§ 68 Abs. 1 S. 5, 66 Abs. 3 S.1 GKG über die Abhilfe zu entscheiden (LSG Rheinland-Pfalz, 27.04.2009 - L 5 B 451/08 KA -), ein Aktenvermerk ist ausreichend (OVG Nordrhein-Westfalen, 30.11.2010 - 13 E 1221/10 -).

15.3	Der Rechtsanwalt kann aus eigenem Recht eine Streitwertbeschwerde erheben (§ 32 Abs. 2 RVG; LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -); dies gilt nicht bei einer vorläufigen Festsetzung des Streitwerts (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2006 - L 5 B 350/06 KA -; LSG Baden-Württemberg, 03.12.2007 - L 5 KA 3492/07 W-B -); vgl. auch A.3.
15.4	Durch eine zu niedrige Streitwertfestsetzung kann ein nicht kostenpflichtiger - obsiegender - Beteiligter beschwert sein, wenn er mit seinem Rechtsanwalt eine höhere Honorarvereinbarung (Streitwertvereinbarung) getroffen hat und die Streitwertfestsetzung zu einer geringeren Kostenerstattung durch den Kostenpflichtigen führt; einer eigenen Streitwertbeschwerde des Bevollmächtigten gem. § 33 Abs. 3 RVG dürfte das Rechtsschutzbedürfnis fehlen (OVG Lüneburg, 24.05.2011 - 10 OA 32/11 - mwN; OLG Frankfurt, 08.05.2012 - 1 W 26/12 -).
15.5	Über Beschwerden gegen die Festsetzung des Streitwerts entscheidet aufgrund der Spezialzuweisung des § 68 Abs. 1 Satz 5 iVm § 66 Abs. 6 Satz 1 GKG allein der Berichterstatter (Sächsisches LSG, 09.06.2008 - L 1 B 351/07 KR -; LSG Baden-Württemberg, 16.12.2008 - L 10 R 5747/08 W-B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 01.04.2009 - L 10 B 42/08 P -; Hessisches LSG, 31.05.2010 - L 1 KR 352/09 B - mwN; LSG Thüringen, 10.12.2010 - L 6 KR 972/10 B -; a.A.: immer der Senat, LSG Rheinland-Pfalz, 27.04.2009 - L 5 B 451/08 KA -; LSG Nordrhein-Westfalen, 17.12.2009 - L 11 B 7/09 KA -; 02.05.2012 - L 19 AS 521/12 B -; LSG Berlin-Brandenburg, 05.03.2012 - L 27 P 80/10 B -, bzw. der Berichterstatter nur im vorbereitenden Verfahren <§ 155 Abs. 2 Nr. 4 SGG> oder im Einverständnis der Beteiligten <§ 155 Abs. 3 SGG>, LSG Rheinland-Pfalz, 16.02.2009 - L 6 B 365/08 R -), wobei die Möglichkeit der Übertragung auf den Senat (§ 66 Abs. 6 Satz 2 GKG) besteht.
15.6	Die Ablehnung einer Streitwertfestsetzung stellt einen beschwerdefähigen Beschluss dar (LSG Nordrhein-Westfalen, 23.07.2007 - L 1 B 18/07 AL -; Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., § 63 GKG Rdnr. 26).
15.7	Eine unselbstständige Anschlussbeschwerde entsprechend § 567 Abs. 3 ZPO ist zulässig (Hessisches LSG, 31.05.2010 - L 1 KR 352/09 B -; LSG Sachsen-Anhalt, 26.04.2012 - L 4 P 1/10 B -).
15.8	Das Verfahren ist gebührenfrei (§ 68 Abs. 3 Satz 1 GKG). Außergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten (§ 68 Abs. 3 Satz 2 GKG). Beides gilt auch bei einer unstatthaften Beschwerde (LSG Baden-Württemberg, 29.03.2009 - L 11 R 882/11 B -; zum Streitstand vgl. OLG Frankfurt, 05.03.2012 - 1 W 15/12 -), bei einer unzulässigen Beschwerde ist dies unstrittig (vgl. Schneider, NJW, 2011, 2628, 2630).
<b>16.</b>	<b>Abänderung des Streitwerts durch das Rechtsmittelgericht</b>
16.1	Für den Wert des Streitgegenstands des ersten Rechtszuges ist gemäß § 47 Absatz 2 GKG nicht der in erster Instanz festgesetzte, sondern der objektiv angemessene Streitwert maßgeblich. Die Abänderung der erstinstanzlichen Streitwertfestsetzung steht gemäß § 63 Absatz 3 Satz 1 GKG im Ermessen des Rechtsmittelgerichts (BSG, 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -). Dies gilt auch bei unzulässigen Beschwerden (BSG, 10.06.2010 - B 2 U 4/10 B -).
16.2	Eine unterbliebene Streitwertfestsetzung kann vom Rechtsmittelgericht jedenfalls bei betragsmäßig von vornherein feststehendem und offensichtlich

	gleich gebliebenem Streitwert in erweiternder Auslegung des § 63 Absatz 3 Satz 1 GKG nachgeholt werden (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -).
<b>17.</b>	<b>Verjährung</b>
17.1	Es gilt keine Verjährung für den Antrag auf Festsetzung des Streitwertes (BSG, 15.02.2001 - 6 RKa 20/83 -). Nach § 63 Absätze 1 und 2 GKG ist der Streitwert von Amts wegen festzusetzen.
<b>18.</b>	<b>Widerspruchsverfahren</b>
18.1	Zurückweisung des Bevollmächtigten im Widerspruchsverfahren (§ 13 Abs. 5 SGB X); Klage des Bevollmächtigten: Höhe des Gebührenanspruchs des Bevollmächtigten für die begehrte Vertretung (LSG Baden-Württemberg, 03.01.2007 - L 13 AL 4889/05 W-B -); geht das Interesse dahin, in anderen ähnlich gelagerten Fällen eine Vertretungsbefugnis zu haben: Auffangstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 24.03.2010 - L 13 AL 4744/07 -).
18.2	Erstattung der Aufwendungen nach § 63 SGB X: Differenz zwischen den geforderten und den erstatteten Kosten (BSG, 05.10.2006 - B 10 LW 5/05 R -; 09.04.2008 - B 6 KA 3/07 B -).
18.3	Eine gesonderte Festsetzung des Gegenstandswerts durch die Verwaltung ist im Gesetz nicht vorgesehen und damit unzulässig (lediglich Berechnungsfaktor). Die Gerichte haben im Rahmen der Prüfung der Höhe der Kostenerstattung den Gegenstandswert eigenständig zu bestimmen (BSG, 09.04.2008 - B 6 KA 3/07 B -; LSG Berlin-Brandenburg, 10.09.2010 - L 7 KA 121/09 -).
<b>19.</b>	<b>Stufenklage</b>
19.1	Für die Wertberechnung ist nur einer der verbundenen Ansprüche, und zwar der höhere, maßgebend (§ 44 GKG). Dies gilt aber nur, wenn in einer Instanz über beide Ansprüche entschieden wird. Wird nur über einen Anspruch entschieden, ist der Streitwert nur anhand dieses Anspruchs zu bemessen (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 21.03.2012 - L 11 KR 628/11 B -); vgl. auch B. 28. zur Auskunftsklage.
<b>20.</b>	<b>Streitwert in Rechtsmittelverfahren</b>
20.1	Im Rechtsmittelverfahren bestimmt sich der Streitwert nach den Anträgen des Rechtsmittelführers (§ 47 Abs. 1 Satz 1 GKG), nur ausnahmsweise nach der Beschwer (§ 47 Abs. 1 Satz 2 GKG). Es bleibt dann bei der Streitwertberechnung nach § 52 GKG entsprechend der Bedeutung der Sache für den Kläger, wenn der Streitgegenstand unverändert geblieben ist und der Beklagte als Rechtsmittelführer nach wie vor die Abweisung der Klage beantragt (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -).
20.2	Anschlussberufung, Anschlussbeschwerde, Anschlussrevision: Addition der Streitwerte, wenn unterschiedliche Streitgegenstände <vgl. § 45 Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 GKG> ( LSG Berlin, 30.01.2004 - L 15 B 41/00 KR ER -; Hessisches LSG, 29.04.2009 - L 4 KA 76/08 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.03.2011 - L 11 KA 96/10 B ER -; BSG, 17.02.2009 - B 2 U 38/06 R -).
<b>21.</b>	<b>Zurückverweisung</b>

21.1	Bei Zurückverweisung ist eine Festsetzung des Streitwerts vorzunehmen (BSG, 13.12.2005 - B 4 RA 28/05 R -; 10.05.2007 - B 10 KR 1/05 R -).
<b>22.</b>	<b>Nichterhebung von Kosten wegen unrichtiger Sachbehandlung (§ 21 GKG)</b>
22.1	Soweit Kosten zu Unrecht erhoben wurden, ist die Erinnerung gegen den Kostenansatz gem. § 66 GKG möglich (BSG, 29.12.2011 - B 13 SF 3/11 S -); zu einem Verfahren der Urteilsberichtigung: BSG, 06.03.2012 - B 1 KR 43/11 B -).
<b>23.</b>	<b>Ablehnung eines Sachverständigen wegen Besorgnis der Befangenheit (§ 118 Abs. 1 Satz 1 SGG)</b>
23.1	Ein Drittel des Streitwerts der Hauptsache (LSG Nordrhein-Westfalen, 04.06.2007 - L 1 B 7/07 AL -).
<b>24.</b>	<b>Ablehnung von Gerichtspersonen (§ 60 SGG); unzulässige Beschwerde (§ 172 Abs. 2 SGG)</b>
24.1	10 v. H. des Streitwerts der Hauptsache (Hartmann, Kostengesetze, 42. Aufl., GKG Anh II § 52 Rdnr. 2; LSG Rheinland-Pfalz, 14.05.2012 - L 7 KA 26/12 B -).
<b>25.</b>	<b>Befundbericht; Klage des Arztes auf höhere Vergütung (JVEG)</b>
25.1	Höhe der streitigen Vergütung (BSG, 02.10.2008 - B 9 SB 7/07 R -).
<b>26.</b>	<b>Anhörungsrüge (§ 178a SGG)</b>
26.1	Einer Streitwertfestsetzung bedarf es nicht, da sich die Gerichtsgebühr unmittelbar aus Nr. 7400 der Anlage 1 des GKG ergibt (BSG, 08.11.2006 - B 2 U 5/06 C -; 14.12.2011 - B 6 KA 7/11 C -).
<b>27.</b>	<b>Verfahren auf Gewährung von Akteneinsicht</b>
27.1	Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 16.11.2011 - L 2 U 414/11 B -).
<b>28.</b>	<b>Auskunftsklage</b>
28.1	Wirtschaftliches Interesse an der Auskunft, im Regelfall niedriger als der Wert des Leistungsanspruchs; ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind, kann auch deutlich höher liegen und fast den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen, etwa wenn der Kläger einen Zahlungsanspruch ohne die Auskunft voraussichtlich nicht erreichen kann (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -; ein Viertel des mutmaßlichen Zahlungsanspruchs, LSG Niedersachsen-Bremen, 22.04.2009 - L 1 KR 60/09 B -; 25.06.2009 - L 4 KR 168/09 B -; beim Begehren auf Herausgabe eines Rentenbescheides < hier eher Auskunftsanspruch > LSG Nordrhein-Westfalen, 27.04.2012 - L 18 KN 242/11 B -); vgl. auch C. IV. 19., C. VII. 3. und C. VIII. 5. sowie zur Stufenklage B. 19.
<b>29.</b>	<b>Gerichtliches Vollstreckungsverfahren nach § 201 SGG</b>
29.1	Höhe des zur Festsetzung beantragten Zwangsgeldes, nicht der Wert des Verfahrensgegenstands im vorausgegangenen Gerichtsverfahren (LSG Berlin-Brandenburg, 12.12.2006 - L 7 B 124/03 KA -; SG Berlin, 04.03.2009 - S 164

	SF 194/09 E -).
29.2	Bei Androhung: die Hälfte des beantragten Zwangsgeldes (LSG Berlin-Brandenburg, 12.12.2006 - L 7 B 124/03 KA -; SG Berlin, 04.03.2009 - S 164 SF 194/09 E -).
<b>30.</b>	<b>Dienstaufsichtsbeschwerde</b>
30.1	Anspruch auf Bescheidung einer Dienstaufsichtsbeschwerde: Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 27.04.2009 - L 18 AL 100/09 B ER -).
<b>31.</b>	<b>Hausverbot</b>
31.1	Auffangstreitwert (LSG Rheinland-Pfalz, 10.09.2009 - L 5 KA 38/09 B ER -).

### C. Streitwertkatalog

<b>I.</b>	<b>Arbeitsförderungsrecht</b>	
<b>1.</b>	<b>Arbeitsgenehmigung (Arbeitserlaubnis, Arbeitsberechtigung) (§ 284 SGB III)</b>	
1.1	Erteilung	Wirtschaftliches Interesse des Unternehmers; bei normalem Geschäftsbetrieb erzielbarer Unternehmensgewinn (Hessisches LSG, 31.08.1998 - L 6 AL 1106/97 ER - ; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.04.2010 - L 1 B 16/09 AL -).
1.2	Gebühr für die Erteilung	Höhe der Gebühr (BSG, 13.12.2000 - B 7 AL 58/99 R -).
<b>2.</b>	<b>Arbeitnehmerüberlassung</b>	
2.1	Erteilung der Erlaubnis (§ 2 AÜG)	Unmittelbares wirtschaftliches Interesse; bei fehlenden Anhaltspunkten für die wirtschaftliche Bedeutung Auffangwert (LSG Baden-Württemberg, 11.03.2011 - L 13 AL 3438/10 ER-B -).
2.2	Rücknahme, Widerruf der Erlaubnis (§ 4, § 5 AÜG)	Unmittelbarer wirtschaftlicher "Schaden" (LSG Niedersachsen-Bremen, 06.05.2003 - L 8 AL 336/02 ER -) bzw. bei normalem Geschäftsbetrieb erzielbarer

		Unternehmensgewinn (Bayerisches LSG, 13.12.2006 - L 9 B 823/06 AL ER -), hilfsweise Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 21.01.2003 - L 8 B 158/03 AL -).
2.3	Auflage (§ 2 AÜG)	Regelstreitwert bei Klage des Arbeitnehmers und fehlenden Anhaltspunkten für das wirtschaftliche Interesse (SG Koblenz, 05.09.2006 - S 9 ER 102/06 AL -).
3.	<b>Zulassung von Trägern und Maßnahmen (§§ 84,85 SGB III idF bis 31.03.2012, §§ 176 ff. SGB III, § 184 SGB III iVm AZAV)</b>	Keine Kostenprivilegierung (Hessisches LSG, 28.04.2009 - L 7 AL 118/08 B ER -); Regelstreitwert je begehrte Maßnahme für drei Jahre <§ 42 Abs. 2 GKG> (BSG, 16.01.2012 - B 11 SF 1/10 R -) bzw. Hälfte des Streitwerts für die Genehmigung einer Ersatzschule: 15.000 € (Nr. 38.2 Streitwertkatalog Verwaltungsgerichtsbarkeit; LSG Baden-Württemberg, 04.04.2005 - L 13 AL 219/05 W-A -).
4.	<b>Eingliederungszuschüsse (§§ 217ff. SGB III idF bis 31.03.2012, §§ 88ff. SGB III)</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 22.09.2004 - B 11 AL 33/03 R -).
5.	<b>Lohnkostenzuschuss nach den Richtlinien zur Durchführung des Sofortprogramms zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 01.07.2010 - B 11 AL 1/09 R -).
6.	<b>Erstattungspflicht des Arbeitgebers (§ 147a SGB III idF bis zum 31.03.2012)</b>	
6.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert (BSG, 22.03.2001 - B 11 AL 91/00 R -; 04.09.2001 - B 7 AL 6/01 R -).
6.2	Abrechnungsbescheid	Höhe der Erstattungsforderung (BSG, 03.03.1998 - 11 RAr 103/96 -).
7.	<b>Kurzarbeitergeld, Klagen des Arbeitnehmers oder der Betriebsvertretung (§§ 169ff. SGB III idF bis zum 31.03.2012, §§ 95ff. SGB III)</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Prozessstandschafter für Arbeitnehmer> (BSG, 21.07.2009 - B 7 AL 3/08 R -; LSG Nordrhein-Westfalen, 02.02.2006 - L 9 AL 76/05 -).
8.	<b>Vermittlungsgutschein (§ 421g SGB III idF bis 31.03.2012,</b>	

	<b>§ 45 Abs. 4ff. SGB III)</b>	
8.1	Ausstellung des Vermittlungsgutscheins	Wert des Gutscheins.
8.2	Ablehnung der Auszahlung der Vermittlungsvergütung	Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 06.04.2006 - B 7a AL 56/05 R -); Wert des Gutscheins (BSG, 21.02.2008 - B 11a AL 91/07 B -) bzw. 1000 € als Teilbetrag der ersten oder zweiten Rate (LSG Sachsen, 16.02.2005 - L 3 B 64/04 AL -; 20.07.2005 - L 3 AL 132/04 -); vgl. auch C. VIII. 2.
<b>9.</b>	<b>Umlagen: Winterbeschäftigungs - Umlage (§§ 354ff. SGB III); Insolvenzgeldumlage (§§ 358ff. SGB III)</b>	
9.1	Grundlagenbescheid	Regelstreitwert.
9.2	Festsetzung der Umlagenhöhe	Dreifacher Jahresbetrag der Umlage ( BSG, 20.06.1995 - 10 RAR 7/94 -); bei auf einen Teilbetrag beschränkter Anfechtung: dieser Teilbetrag (BSG, 22.02.2012 - B 11 AL 4/11 R -).
<b>10.</b>	<b>Anzeigepflichtige Entlassungen (§§ 17ff. KSchG); Klage eines Arbeitnehmers gegen den Bescheid der Bundesagentur</b>	Der Arbeitnehmer ist kein Versicherter im Sinne des § 183 SGG; Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 08.01.2007 - L 9 AL 3242/06 AK-A -).
<b>11.</b>	<b>Insolvenzgeld</b>	
11.1	Übertragung des Anspruchs auf Arbeitsentgelt auf einen Dritten vor Antragstellung (§ 188 Abs. 1 SGB III idF bis zum 31.03.2012, § 170 SGB III)	Dritter ist Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG; kein Fall der Rechtsnachfolge nach § 183 S. 2 SGG, da Anspruchsübergang kraft Gesetzes (BSG, 05.12.2006 - B 11a AL 19/05 R-)
11.2	Abtretung (§ 398 BGB) des Insolvenzgeldanspruchs an einen Dritten	Die Kostenprivilegierung gilt nicht, auch dann nicht, wenn der ursprünglich Leistungsberechtigte als gewillkürter Prozessstandschafter auftritt, da der Anspruch des Rechtsnachfolgers eines Leistungsempfängers - kein Fall des § 183 S. 2 SGG - geltend gemacht wird (BSG, 04.06.2007 - B 11a AL 153/06 B -; 01.07.2010 - B 11 AL 6/09 R -).
<b>12.</b>	<b>Berichtigung einer Arbeitsbescheinigung (§ 312 SGB III)</b>	Regelstreitwert ohne Abschlag (BSG, 21.07.2010 - B 7 AL 60/10 B -); a.A.: ein Zehntel des Arbeitsentgelts, dessen zusätzliche Bescheinigung begehrt wird

		(SG Hamburg, 27.04.2006 - S 60 AL 2074/04 -) oder ein Zehntel des mittelbar verfolgten Begehrens (<Verhinderung einer Sperrzeit> LSG Rheinland-Pfalz, 23.03.2009 - L 1 AL 25/09 B -; <Leistungsanspruch> 14.02.2011 - L 1 AL 6/11 B -).
13.	<b>Erstattung von Leistungen nach §§ 4 und 12 Altersteilzeitgesetz - ATG-; Klage des Arbeitgebers</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 21.03.2007 - B 11a AL 9/06 R -; 23.02.2011 - B 11 AL 14/10 R -).
14.	<b>Anordnung einer Außenprüfung nach §§ 304 Abs. 1 Nr. 2, 305 Abs. 1 S. 1 SGB III idF bis zum 31.07.2004</b>	Regelstreitwert (BSG, 01.03.2011 - B 7 AL 2/10 R -).
15.	<b>Erprobung von Projekten der aktiven Arbeitsförderung nach § 421h SGB III idF bis zum 31.03.2012</b>	Regelstreitwert, wenn kein Zahlungsbegehren (LSG Baden-Württemberg, 23.08.2011 - L 13 AL 350/11 -).
16.	<b>Abzweigung (§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB I)</b>	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 08.07.2009 - B 11 AL 30/08 R -); vgl. auch C. VIII. 7.

II.	Aufsichtsrecht	
1.	<b>Genehmigung zur Errichtung oder Erweiterung einer Krankenkasse (§§ 147 ff., §§ 157ff. SGB V, §§ 87ff. SGB IV)</b>	Bedeutung der Sache: bei bis zu 1000 betroffenen Pflichtmitgliedern 20-facher, bei bis zu 5000 Pflichtmitgliedern 30-facher Regelstreitwert (BSG, 12.12.1996 - 1 RR 5/90 -).
2.	<b>Vereinigung von Krankenkassen (§ 171a SGB V)</b>	Höchststreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 08.09.2011 - L 5 KR 24/10 KL -).
3.	<b>Genehmigung zur Ermäßigung der Beiträge einer Krankenkasse (§ 220 Abs. 3 SGB V a.F.)</b>	Dreifacher Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 09.02.2005 - L 1 A 5378/04 W-B -); bei Erwartung eines konkreten Mitgliederzu-

		wachses wie C.II.1. (LSG Schleswig-Holstein, 04.03.2004 - L 1 B 23/04 KR ER -).
<b>4.</b>	<b>Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung (§ 34 Abs. 1 SGB IV)</b>	
4.1	Verlegung des Sitzes einer Krankenkasse (§ 195 SGB V iVm Satzung)	Regelstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 09.09.2005 - L 24 B 1038/05 KR ER -).
4.2	Genehmigung einer Satzung oder Satzungsänderung	Bei einer bundesweit zuständigen Krankenkasse (§ 195 Abs. 1 SGB V) zehnfacher Regelstreitwert (BSG, 19.09.2007 - B 1 A 4/06 R -) bzw. 500.000.- € (BSG, 22.06.2010 - B 1 A 1/09 R -; 08.11.2011 - B 1 A 1/11 R -).
<b>5.</b>	<b>Aufsichtsverfügung (§§ 89, 90 SGB IV)</b>	- Zehnfacher Regelstreitwert, wenn erhebliche Schadensersatzforderungen befürchtet werden (BSG, 14.02.2007 - B 1 A 3/06 R - : Veröffentlichung der Vergütung eines Vorstandsmitglieds gem. § 35 Abs. 6 Satz 2 SGB IV).  - Höchststreitwert nach § 52 Abs. 4 GKG bei Streit über die Rechtmäßigkeit einer Festgeldanlage von 100 Mio. € (BSG, 03.03.2009 - B 1 A 1/08 R -) sowie über eine Weisung gegenüber der Bundesagentur für Arbeit zur Begleichung von Abrechnungen (BSG, 07.12.2010 - B 11 AL 74/10 B -).
<b>6.</b>	<b>Prüfungsverfügung (§§ 304 ff. SGB III aF, § 107 SGB IV aF; § 18 h Abs. 3 bis 8 SGB IV iVm dem Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz)</b>	Auffangstreitwert (BSG, 28.08.2007 - B 7/7a AL 16/06 R -).

<b>III.</b>	<b>Beitragsrecht</b>	
<b>1.</b>	<b>Gesamtsozialversicherungsbeitrag (§ 28d, § 28e SGB IV)</b>	Höhe der Forderung (BSG, 01.06.2006 - B 12 KR 34/05 B -).
<b>2.</b>	<b>Säumniszuschlag (§ 24 SGB IV)</b>	
2.1	Von der Hauptforderung getrennte Erhebung	Höhe der Forderung (BSG, 29.11.2007 - B 13 R 48/06 R -).
2.2	Erhebung zusammen mit der Hauptforderung	Bei der Höhe des Streitwerts zu berücksichtigen, da nicht zu den Nebenforderungen (§ 43 Abs. 1 GKG) gehörend (BSG, 10.06.2010 - B 2 U 4/10 B -).
<b>3.</b>	<b>Künstlersozialversicherung (KSVG)</b>	
3.1	Erfassungsbescheid gegenüber einem Unternehmer nach § 23ff. KSVG	Festgesetzte oder voraussichtlich anfallende Beträge bei einem Zeitraum von unter drei Jahren, ansonsten der zu erwartende Betrag der Abgabe in den ersten drei Jahren (BSG, 30.05.2006 - B 3 KR 7/06 R -); kein Abzug wegen eines evtl. anschließenden Streits über die Betragshöhe (BSG, 18.09.2008 - B 3 KS 1/08 R -); bei gesondertem Abgabebescheid ohne Entgeltforderung Regelstreitwert (BSG, 21.06.2012 - B 3 KS 2/11 R -).
3.2	Abgabebescheid gegenüber einem Unternehmer	Höhe der festgesetzten Künstlersozialabgabe (BSG, 01.10.2009 - B 3 KS 4/08 R -). Keine Erhöhung nach § 42 Abs. 2 Satz 1 GKG (wiederkehrende Leistungen), da jahresbezogene einmalige Leistung (BSG, 07.12.2006 - B 3 KR 2/06 R -).
3.3	Erfassungs- und Abgabebescheid	Obwohl zwei Streitgegenstände allein Höhe der Abgabe (für drei Jahre), da

		einheitliches Begehren auf Vermeidung der Abgabepflicht (BSG, 25.11.2010 - B 3 KS 1/10 R -).
4.	<b>Erstattung von Beiträgen (§ 26 SGB IV)</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG: Der kostenrechtliche Status richtet sich nach dem Status, der nach der ursprünglichen Annahme das Versicherungsverhältnis begründet hatte (BSG, 12.12.2007 - B 12 AL 1/06 R -).
5.	<b>Verpflichtung des Arbeitgebers zur Erteilung einer Ermächtigung zum Einzug des Gesamtsozialversicherungsbeitrags (§ 28a Abs. 7 Satz 2 SGB IV)</b>	Auffangstreitwert, da keine Beitragsforderung, sondern die Art und Weise der Beitragszahlung streitig ist (BSG, 08.12.2008 - B 12 R 38/07 B -).
6.	<b>Erlass von Beitragsansprüchen (§ 76 Abs. 3 S. 3 Nr. 3 SGB IV)</b>	Höhe der Beitragsforderung sowie von etwaigen Vollstreckungskosten und Säumniszuschlägen (Bayerisches LSG, 09.03.2010 - L 2 U 328/09 B -).

<b>IV.</b>	<b>Krankenversicherung</b>	
1.	<b>Leistungsaushilfe durch den Arbeitgeber bei Beschäftigung im Ausland (§ 17 SGB V)</b>	Sowohl bei Klage des Mitglieds bzw. des Familienangehörigen als auch des Arbeitgebers gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Leistungsempfänger> (BSG, 28.09.2010 - B 1 KR 2/10 R -).
2.	<b>Zuschuss zu ambulanten Hospizdiensten (§ 39a Abs. 2 SGB V)</b>	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Träger ist Leistungsempfänger> (BSG, 17.02.2010 - B 1 KR 15/09 R -).
3.	<b>Erstattung von Arbeitgeberaufwendungen bei Entgeltfortzahlung (§§ 1, 9 des Aufwendungsausgleichsgesetzes)</b>	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Arbeitgeber sind Versicherte> (BSG,

	- AAG -; bis 31.12.2005: § 10 LFZG)	20.12.2005 - B 1 KR 5/05 B - ; 27.10.2009 - B 1 KR 12/09 R -; 13.12.2011- B 1 KR 7/11 R - und B 1 KR 3/11 R -).
<b>4.</b>	<b>Werbemaßnahmen</b>	
4.1	Wettbewerb zwischen Krankenkassen	Regelstreitwert, da wirtschaftliches Interesse nicht zu beziffern (LSG Rheinland-Pfalz, 03.05.2005 - L 1 ER 11/05 KR -, 14.06.2006 - L 5 ER 57/06 KR -, 21.06.2007 - L 5 ER 158/07 KR -, 13.12.2007 - L 5 ER 289/07 KR -; LSG Saarland, 21.06.2006 - L 2 B 5/06 KR -, LSG Schleswig-Holstein, 26.09.2007 - L 5 B 522/07 KR ER -; LSG Hamburg, 18.09.2008 - L 1 B 139 und 149/08 ER KR -; Thüringer LSG, 23.12.2009 - L 6 KR 331/09 ER -).
4.2	Werbemaßnahmen einer Apotheke	Regelstreitwert (LSG Rheinland-Pfalz, 04.06.2009 - L 5 KR 57/09 B ER -).
<b>5.</b>	<b>Informationspflicht nach § 73 Abs. 8 S. 1 SGB V</b>	Auffangstreitwert (SG Osnabrück, 27.12.2011 - S 13 KR 377/11 ER -).
<b>6.</b>	<b>Hausarztzentrierte Versorgung (§ 73b SGB V)</b>	
6.1	Benennung einer Schiedsperson (§ 73b Abs. 4a SGB V)	Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 22.02.2010 - L 12 KA 4/10 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 22.09.2010 - L 3 KA 68/10 B ER -; LSG Nordrhein-Westfalen, 11.10.2010 - L 11 KA 61/10 B ER -; LSG Sachsen-Anhalt, 25.11.2010 - L 9 KA 2/10 ER KL -; LSG Berlin-Brandenburg, 17.01.2011 - L 7 KA 66/10 B ER -).
6.2	Klage gegen den Schiedsspruch	Regelstreitwert je Streitigem Abrechnungsquartal (LSG Niedersachsen-Bremen, 03.11.2011 - L 3 KA 104/10 B ER -).
6.3	Kündigung eines Vertrages über die	Höchststreitwert

	hausarztzentrierte Versorgung	(Bayerisches LSG, 15.04.2011 - L 12 KA 2/11 B ER -).
<b>7.</b>	<b>Unterlassungsanspruch eines Leistungserbringers gegenüber der Krankenkasse</b>	
7.1	Überprüfung der Voraussetzungen einer spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (§ 37b SGB V) durch Einholung eines Gutachtens bei einem Wettbewerber eines Leistungserbringers	Auffangstreitwert für jeden Hauptantrag (Sächsisches LSG, 17.06.2010 - L 1 KR 78/09 B ER -).
7.2	Unterlassen der Behauptung, eine Zulassung liege nicht vor	Auffangstreitwert (LSG Nordrhein-Westfalen, 09.10.2006 - L 16 B 52/06 KR ER -).
7.3	Unterlassen von Äußerungen, bei Krankentransporten (§ 60 Abs. 2 S. 1 Nr. 3 SGB V) bestehe eine Vorabgenehmigungspflicht	Auffangstreitwert für jeden Hauptantrag (SG Berlin, 02.09.2011 - S 81 KR 372/11 -).
<b>8.</b>	<b>Sonderkündigungsrecht der Mitglieder (§ 175 Abs. 4 Satz 5 SGB V), Feststellungsbegehren zwischen Krankenkassen</b>	Wirtschaftliche Bedeutung der Sache: wie bei C.II.1.; Auffangstreitwert bei nur einem betroffenen Mitglied (BSG, 13.06.2007 - B 12 KR 19/06 R -; 26.10.2010 - B 12 KR 96/09 B -) oder bei einem fünfmonatigen Zeitraum (BSG, 09.11.2011 - B 12 KR 3/10 R -) .
<b>9.</b>	<b>Feststellung der Versicherungspflicht durch die Einzugsstelle (Krankenkasse; § 28h SGB IV) (§ 25 Abs. 1 Satz 1 SGB III, § 5 Abs. 1 Nr. 1 SGB V, § 1 Satz 1 Nr. 1 SGB VI, § 20 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 SGB XI)</b>	
9.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG; vgl. B.1.3.
9.2	Klage des Arbeitgebers	- Bei noch bestehendem Beschäftigungsverhältnis Höhe der Beiträge für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 16.12.2008 - L 10 R 5747/08 W-B -).  - Wird nicht über eine Beitragsforderung in bestimmter Höhe (ansonsten Höhe der Arbeitgeberbeiträge, LSG Nordrhein-

		Westfalen, 06.03.2012 - L 16 KR 444/11 B -) gestritten, regelmäßig Auffangstreitwert (BSG, 24.09.2008 - B 12 R 10/07 R - und B 12 KR 27/07 R -); Auffangstreitwert auch bei längeren streitigen Zeiträumen, da das Gesetz keine Grundlage für die Vervielfältigung des Auffangstreitwerts bietet (BSG, 08.12.2009 - B 12 R 7/09 B -); a.A.: bei Streit für ein "ganzes Erwerbsleben" (mehr als 15 Jahre) das Doppelte, bei mehr als 30 Jahren das Dreifache des Auffangstreitwerts (LSG Berlin-Brandenburg, 12.11.2008 - L 9 KR 119/08); vgl. auch C. VI. 2.2.
9.3	Klage eines Versicherungsträgers gegen die Einzugsstelle	Regelmäßig Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 13.03.2009 - L 1 KR 555/07 -), bei Streit für ein "ganzes Erwerbsleben" vgl. C.IV.9.2.
<b>10.</b>	<b>Krankenhäuser und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 107ff., 115ff. SGB V)</b>	
10.1	Zulassung von Krankenhäusern und Rehabilitationseinrichtungen (§§ 108ff. SGB V)	- Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben <Gewinn> innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Einrichtungen gleicher Art und Größe möglich (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -); bei fehlendem Zahlenmaterial Höchststreitwert (BSG, 11.11.2003 - B 3 KR 8/03 B -); vgl. auch C. X. 16.5.  - Bei gemeinnützigen Einrichtungen ohne Gewinnerzielungsabsicht je Quartal 4000 € (LSG Berlin-Brandenburg, 23.08.2007 - L 7 B 9/07 KA -).
10.2	Begehren der Einrichtung auf Zuweisung von	Wie 10.1 (Bayerisches LSG,

	Versicherten	07.05.2010 - L 14 R 72/10 B ER -).
10.3	Vergütung von Krankenhausbehandlungen (§ 109 Abs. 4 Satz 3 SGB V iVm dem Krankenhausbehandlungsvertrag nach § 112 Abs. 2 Nr. 1 SGB V)	Höhe der Vergütung.
10.4	Unterlassung von Mitteilungen gegenüber Versicherten	Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 02.03.2011 - L 1 KR 177/10 B ER -).
10.5	Bestimmung zur ambulanten Behandlung im Krankenhaus (§ 116b Abs. 2 SGB V); defensive Konkurrentenklage	Umsatzeinbuße im Drei-Jahres-Zeitraum, evtl. Auffangstreitwert je Quartal für drei Jahre (BSG, 29.09.2011 - B 1 KR 1/11 R - ; 15.03.2012 - B 3 KR 13/11 R - ; Sächsisches LSG, 03.06.2010 - L 1 KR 94/10 B ER - ; vgl. auch C. X. 6.3 und 16.8.
<b>11.</b>	<b>Versorgung mit Heilmitteln (§§ 124, 125 SGB V)</b>	
11.1	Zulassung zur Heilmittelabgabe	Auffangstreitwert (BSG, 12.08.2010 - B 3 KR 9/09 R - ; 07.10.2010 - B 3 KR 12/09 R -).
11.2	Widerruf der Zulassung (§ 124 Abs. 6 SGB V)	Dreifacher Jahresgewinn (LSG Baden-Württemberg, 07.10.2010 - L 11 KR 4173/10 ER-B -).
11.3	Feststellung des Inhalts eines Rahmenvertrags (§ 125 Abs. 2 SGB V)	Höchststreitwert (BSG, 27.10.2009-B 1 KR 4/09 R -).
<b>12.</b>	<b>Versorgung mit Hilfsmitteln (§§ 126ff. SGB V); Hilfsmittelverzeichnis (§ 139 SGB V)</b>	
12.1	Zulassung (§ 126 SGB V idF bis zum 31.03.2007)	Überschuss aus den Gesamteinnahmen und den Betriebsausgaben innerhalb von drei Jahren; Vergleichsberechnung anhand bestehender Praxen gleicher Art und Größe möglich; Abschlag, wenn sich der Anspruch auf einen Zeitraum von weniger als drei Jahren bezieht (BSG, 10.11.2005 - B 3 KR 36/05 B -).
12.2	Widerruf der Zulassung zur Abgabe von Hilfsmitteln	Fünf Prozent der Bruttoauf-

	(§ 126 Abs. 4 SGB V idF bis zum 31.03.2007)	tragssumme entsprechend § 50 Abs. 2 GKG; bei weit in die Zukunft hineinragenden Genehmigungen für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.10.2006 - L 5 KR 897/06 W-A -).
12.3	Abschluss eines Versorgungsvertrages (§ 127 Abs. 2 SGB V)	Fünf Prozent des erzielbaren Umsatzes entsprechend § 50 Abs. 2 GKG (BSG, 10.03.2010 - B 3 KR 26/08 R -).
12.4	Beitritt zu einem Versorgungsvertrag (§ 127 Abs. 2a SGB V)	Fünf Prozent des erzielbaren Umsatzes entsprechend § 50 Abs. 2 GKG für drei Jahre (Sächsisches LSG, 01.12.2010 - L 1 KR 99/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 20.02.2012 - L 9 KR 389/11 B ER; 15.03.2012 - L 1 KR 18/12 B ER -).
12.5	Kündigung des Versorgungsvertrages (§ 127 SGB V)	(Durchschnittlicher) Jahresumsatz für drei Jahre, bei fehlenden Anhaltspunkten Regelstreitwert (Thüringer LSG, 22.08.2008 - L 6 KR 324/08 ER -; Sächsisches LSG, 29.04.2008 - L 1 B 207/08 KR-ER -; Hessisches LSG, 31.05.2010 - L 1 KR 352/09 B -).
12.6	Aufnahme in das Hilfsmittelverzeichnis (§ 139 SGB V)	(Doppelter) Auffangstreitwert (BSG, 15.03.2012 - B 3 KR 6/11 R -).
12.7	Klage des Herstellers gegen das Hilfsmittelverzeichnis	- Änderung einer Produktgruppe: Fünf Prozent des durchschnittlichen Jahresumsatzes in einem Zeitraum von zwei Jahren (LSG Baden-Württemberg, 17.10.2005 - L 5 KR 2351/05 W-A -).  - Streichung einer Produktuntergruppe: Gewinn in einem Zeitraum von fünf Jahren (LSG Baden-Württemberg, 15.06.2005 - L 11 KR 1158/05 W-A -), hilfsweise mehrfacher

		Regelstreitwert.
<b>13.</b>	<b>Versorgung mit Haushaltshilfe (§§ 38, 132 SGB V) bzw. häuslicher Krankenpflege (§§ 37, 132a SGB V)</b>	
13.1	Abschluss einer Vergütungsvereinbarung (§ 132 Abs. 1 SGB V)	Kalkulierter Mehrumsatz für drei Jahre (LSG Baden-Württemberg, 10.07.2007 - L 11 KR 6157/06 -).
13.2	Feststellung der Eignung für die Leitung eines ambulanten Krankenpflagedienstes (§ 132a Abs. 2 SGB V)	Zu schätzender Betrag der künftigen verminderten Einkünfte für drei Jahre (BSG, 07.12.2006 - B 3 KR 5/06 R -).
13.3	Kündigung des Versorgungsvertrags (§ 132a Abs. 2 SGB V)	Gewinn für drei <§ 42 Abs. 2 GKG> Jahre (LSG Rheinland-Pfalz, 14.07.2009 - L 5 KR 19/09 B ER -); vgl. auch C. V. 3.
13.4	Schiedsspruch (§ 132a Abs. 2 S. 6 SGB V)	Regelstreitwert (BSG, 25.11.2010 - B 3 KR 1/10 R -).
<b>14.</b>	<b>Krankentransportleistungen (§ 133 SGB V)</b>	
14.1	Abschluss einer Vergütungsvereinbarung	Dreifacher Betrag der zu erwartenden Einnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 27.11.2003 - L 4 B 75/03 KR ER -), hilfsweise dreifacher Regelstreitwert.
14.2	Vergütungsanspruch	Höhe der Vergütung (BSG, 13.12.2011-B 1 KR 9/11 R -).
<b>15.</b>	<b>Richtlinien und Beschlüsse zur Qualitätssicherung (§ 137 SGB V)</b>	
15.1	Richtlinie zur Qualitätssicherung der Versorgung von früh- und Neugeborenen (QNeuRL), § 137 Abs. 3 S. 1 Nr. 2 SGB V	Umsatz- bzw. Gewinneinbußen, hilfsweise <mehrfacher> Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 26.01.2011 - L 7 KA 79/10 LK ER -; SG Braunschweig, 11.04.2011 - S 40 KR 11/07 -).
<b>16.</b>	<b>Zulassung strukturierter</b>	Wirtschaftliche Bedeutung,

	<b>Behandlungsprogramme (§§ 137g, 137f SGB V)</b>	evtl. Höchststreitwert (BSG, 21.06.2011 - B 1 KR 14/10 R - und B 1 KR 21/10 R -).
17.	<b>Klage eines Beschäftigten gegen den Arbeitgeber auf Gewährung eines Beitragszuschusses (§ 257 SGB V)</b>	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG <Versicherter> (Hessisches LSG, 18.11.2010 - L 1 KR 97/09 -).
18.	<b>Arzneimittelabrechnung im Datenträgeraustauschverfahren (§ 300 SGB V)</b>	Voraussichtliche Kosten der Umstellung des Abrechnungsverfahrens (LSG Nordrhein-Westfalen, 6.10.2005 - L 16 KR 232/04).
19.	<b>Herausgabe von medizinischen Unterlagen an den MdK (§ 275 SGB V); Auskunftsanspruch</b>	Stufenklage (§ 44 GKG); vgl. auch B. 19. Ist nur der Herausgabe- bzw. Auskunftsanspruch Streitgegenstand, ein Zehntel des voraussichtlichen Leistungsanspruchs, wenn die fraglichen Verhältnisse schon fast bekannt sind, kann aber auch deutlich höher liegen (Ein Drittel des Zahlungsanspruchs, Sächsisches LSG, 25.04.2008 - L 1 B 198/08 KR-ER -) und fast den Wert des Zahlungsanspruchs erreichen (BSG, 28.02.2007 - B 3 KR 12/06 R -); vgl. auch B. 28.
20.	<b>Begehren eines Patienten gegenüber einem Arzt auf Benennung eines weiterbehandelnden Arztes</b>	Keine Gerichtskostenfreiheit, wenn das Begehren nicht als Versicherter, sondern als Patient erhoben wird, Auffangstreitwert ( LSG Nordrhein-Westfalen, 13.05.2008 - L 16 B 3/08 SF -).
21.	<b>Antrag auf richterliche Gestattung der Durchsuchung der Wohnung (§ 66 Abs. 3 Satz 1 SGB X iVm dem Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz Rheinland-Pfalz)</b>	Zwar Kostenentscheidung nach § 197a SGG hinsichtlich der außergerichtlichen Kosten zu treffen, da jedoch kein Gebührentatbestand nach dem GKG verwirklicht ist, keine Entscheidung über Gerichtskosten (LSG Rheinland-Pfalz, 26.11.2007 - L 5 B 403/07 KR -); vgl. B.1.1.

<b>22.</b>	<b>Festsetzung eines Festbetrags für Arzneimittel (§ 35 Abs. 3 SGB V)</b>	
22.1	Klage des Arzneimittelherstellers	Der zu erwartende Gewinn/Verlust für drei Jahre; bei Schätzung ein Fünftel des zu erwartenden Umsatzes im Dreijahreszeitraum (LSG Berlin-Brandenburg, 22.05.2008 - L 24 KR 1227/05 -); evtl. Höchststreitwert (BSG, 01.03.2011 - B 1 KR 13/10 R -).
22.2	Klage des Versicherten	Gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (BSG, 01.03.2011 - B 1 KR 10/10 R -).
<b>23.</b>	<b>Arzneimittelversorgungsvertrag (§ 129 SGB V)</b>	Bei Streit über die Lieferungs- und Abrechnungsbefugnis: streitiger Umsatz, evtl. Höchststreitwert (LSG Sachsen-Anhalt, 30.06.2010 - L 10 KR 38/10 B ER -).
<b>24.</b>	<b>Ausgleich nach der Risikostruktur-Ausgleichsverordnung (§ 17 Abs. 3a)</b>	Höhe des Ausgleichs bis zum Höchststreitwert (BSG, 02.09.2009 - B 12 KR 4/08 R -).
<b>25.</b>	<b>Vergabestreitigkeiten (§§ 116 Abs. 1, 118 Abs. 1 Satz 3 GWB)</b>	
25.1	Sofortige Beschwerde (§ 116 Abs. 1 GWB)	Keine Festsetzung eines Streitwerts nach dem GKG, da Gerichtsgebühren nicht anfallen <vgl. § 63 Abs. 1 Satz 1 GKG und B. 1.1>, jedoch auf Antrag eines Rechtsanwalts (§ 33 RVG) zum Zwecke der anwaltlichen Gebührenssetzung (BSG, 1.09.2009 - B 1 KR 1/09 D -; 1.09.2009 - B 1 KR 3/09 D -; 7.09.2010 - B 1 KR 1/10 D -); dann fünf Prozent der Bruttoauftragssumme (§ 50 Abs. 2 GKG); evtl. Schätzung des Auftragswerts <§ 3 ZPO> (LSG Mecklenburg-Vorpommern, 11.08.2009 - L 6 B 17/09 -; 24.08.2009 - L 6 B 172/09 -).

--	--	--

V.	Pflegeversicherung	
1.	<b>Zulassung zur Pflege durch Versorgungsvertrag (§ 72 SGB XI)</b>	Der voraussichtliche Jahresgewinn aus drei Jahren, wenn die Zulassung für mindestens drei Jahre streitig ist (BSG, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -; Bayerisches LSG, 13.12.2010 - L 2 P 47/09 B -).
2.	<b>Verantwortliche Pflegefachkraft (§ 71 Abs. 2 Nr. 1, Abs. 3 SGB XI)</b>	
2.1	Feststellungsklage hinsichtlich der Anforderungen	Bei angestrebter Zusammenlegung von Heim- und Pflegedienstleitung: dreifacher Jahresbetrag für die Beschäftigung einer zusätzlichen verantwortlichen Pflegefachkraft (BSG, 22.04.2009 - B 3 P 14/07 R -).
2.2	Klage auf Anerkennung als verantwortliche Pflegefachkraft	Regelstreitwert (BSG, 18.05.2011 - B 3 P 5/10 R -).
3.	<b>Kündigung des Versorgungsvertrages eines Pflegedienstes (§ 74 SGB XI)</b>	Auf Grund der gravierenden finanziellen Folgen einer Zulassungsentziehung der dreifache Jahresumsatz (BSG, 12.06.2008 - B 3 P 2/07 R -; Bayerisches LSG, 12.10.2011 - L 2 P 41/10 B ER -) bzw. erzielbare Einnahmen für drei Jahre (Hessisches LSG, 26.09.2005 - L 14 P 1300/00 -; LSG Berlin-Brandenburg, 31.08.2006 - L 24 B 31/06 P ER); a.A.: dreifacher Jahresgewinn in Anlehnung an § 42 Abs. 2 GKG (LSG Rheinland-Pfalz, 02.02.2011 - L 5 P 51/10 B -); vgl. auch C. IV. 13.3.

4.	<b>Klage auf Zustimmung zur gesonderten Berechnung von Aufwendungen der Pflegeeinrichtung (§ 82 Abs. 3 SGB XI)</b>	Der dreifache Jahresbetrag der wiederkehrenden Leistungen (§ 42 Abs. 2 GKG) je Pfl egetag und Heimbewohner unter Berücksichtigung des Auslastungsgrades (LSG Sachsen-Anhalt, 16.03.2011 - L 4 P 12/07 -; nachfolgend BSG, 08.09.2011 - B 3 P 2/11 R -).
5.	<b>Schiedsspruch zur Vergütung von Pflegeleistungen (§ 85 Abs. 5 SGB XI)</b>	
5.1	Ambulante Pflegeleistungen (§§ 89 Abs. 3 S. 4, 85 Abs. 5 SGB XI)	Regelstreitwert (BSG, 29.01.2009 - B 3 P 8/07 R -; 17.12.2009 - B 3 P 3/08 R -).
5.2	Stationäre Pflegeleistungen (§§ 84 Abs. 4, 87 S. 3, 87b Abs. 1 S. 1, 85 Abs. 5 SGB XI)	Wirtschaftliche Bedeutung: Differenz zwischen der geforderten Vergütung/ dem Angebot der Pflegekassen und dem Schiedsspruch sowie dessen Auswirkungen auf das wirtschaftliche Ergebnis im vom Schiedsspruch umfassten Zeitraum (BSG, 29.01.2009 - B 3 P 9/07 R -; 29.01.2009 - B 3 P 6/08 R - : ohne Abschlag wegen des Begehrens auf Neubescheidung; LSG Nordrhein-Westfalen, 21.01.2009 - L 10 B 20/08 P -; 01.04.2009 - L 10 B 42/08 P -).
6.	<b>Pflegesatzvereinbarung; Auskunftsklage zur Vorbereitung einer Zahlungsklage (§§ 82ff. SGB XI)</b>	Grad der Abhängigkeit der Durchsetzbarkeit der Ansprüche von der Auskunft, idR ein Fünftel des Zahlungsanspruches (LSG Schleswig-Holstein, 14.10.2005 - L 3 P 4/05 -); vgl. auch B. 28.
7.	<b>Ergebnisse von Qualitätsprüfungen (§ 115 SGB XI)</b>	
7.1	Veröffentlichung eines Pfl egetransparenzberichtes (§ 115 Abs. 1a SGB XI)	Voller Auffangstreitwert auch im Verfahren nach § 86b SGG (§§ 53 Abs. 2 Nr. 4, 52 Abs. 2 GKG; Sächsisches LSG, 24.02.2010 - L 1 P

		1/10 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 29.03.2010 - L 27 P 14/10 B ER -; LSG Sachsen-Anhalt, 11.08.2011 - L 4 P 8/11 B ER -; LSG Niedersachsen-Bremen, 12.08.2011 - L 15 P 2/11 B ER -).
7.2	Maßnahmenbescheid nach § 115 Abs. 2 SGB XI	Auffangstreitwert, auch wenn mehrere Maßnahmen festgelegt wurden (SG Hildesheim, 29.07.2009 - S 51 P 41/09 ER -; van der Ploeg, NZS 2011, 212 unter Bezug auf LSG Niedersachsen-Bremen, 21.01.2010 - L 15 P 69/09 B -); a.A.: Multiplikation des Auffangstreitwerts mit der Anzahl der Maßnahmen (LSG Berlin-Brandenburg, 04.06.2009 - L 27 B 105/08 P -; 07.07.2010 - L 27 P 12/10 B -) bzw. der Maßnahmekomplexe (LSG Nordrhein-Westfalen, 07.03.2012 - L 10 P 133/11 B -).
<b>8.</b>	<b>Private Pflegeversicherung</b>	Für Versicherte gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG (BSG, 12.02.2004 - B 12 P 2/03 R -; 19.04.2007 - B 3 P 6/06 R -); § 183 Satz 1 SGG ist entsprechend anzuwenden bei dem Übergang von Ansprüchen im Wege der Gesamtrechtsnachfolge auf den Ehegatten (BSG, 28.09.2006 - B 3 P 3/05 R -).

<b>VI.</b>	<b>Rentenversicherung</b>	
<b>1.</b>	<b>Betriebsprüfung, Feststellung der Versicherungspflicht (§ 28p SGB IV)</b>	

1.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG; vgl. B.1.3
1.2	Klage des Arbeitgebers	Höhe der Beiträge, vgl. C. IV. 9.2.
<b>2.</b>	<b>Anfrageverfahren (§ 7a SGB IV)</b>	
2.1	Klage des Arbeitnehmers	Keine Streitwertfestsetzung, da gerichtskostenfrei nach § 183 SGG.
2.2	Klage des Arbeitgebers	Umfang der zu erwartenden Beitragspflicht in Höhe von 20 % der Arbeitgeberbeiträge für einen Zeitraum von drei Jahren, bei Nichtanwendung des § 28g SGB IV für den Arbeitgeber 40 %; bei fehlenden Schätzungsgrundlagen Rückgriff auf die Bezugsgröße des § 18 SGB IV (LSG Nordrhein-Westfalen, 06.11.2007 - L 16 B 3/07 R -, Sächsisches LSG, 09.06.2008 - L 1 B 351/07 KR -, auch zum Streitstand und zu anderen Berechnungen; a.A: Gesamtsozialversicherungsbeiträge für drei Jahre <Bayerisches LSG, 04.03.2011 - L 5 R 647/10 B -; 12.09.2011 - L 5 KR 122/10 B ->); bei besonderen Umständen <erkennbar überdurchschnittlicher Arbeitsverdienst> Erhöhung auf bis zu 20 % der Beitragsbemessungsgrenze (SG Hildesheim, 20.07.2010 - S 14 R 78/10 -); bei geringfügig Beschäftigten/Tätigen 20 % (3000 €) oder 40 % (6000 €) des dreifachen Auffangstreitwerts (LSG Nordrhein-Westfalen a.a.O.); beim Fehlen jeglicher Anhaltspunkte Regelstreitwert (BSG, 11.03.2009 - B 12 R 11/07 R -), eine Rechtsgrundlage für eine Vervielfältigung des Regelstreitwerts angesichts des streitigen Zeitraums besteht nicht (BSG, 05.03.2010 - B 12 R 8/09 R -); vgl. auch C. IV. 9.2.
<b>3.</b>	<b>Klage des Rentenversicherungsträgers gegen ein Geldinstitut auf Rücküberweisung von Rentenleistungen (§ 118 Abs. 3 Satz 2 SGB VI)</b>	Höhe des Betrags (vgl. z.B. BSG, 05.02.2009 - B 13 R 87/08 R -).
<b>4.</b>	<b>Befreiung von der Versicherungspflicht</b>	Keine Streitwertfestsetzung, da

		gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Rheinland-Pfalz, 21.12.2004 - L 5 LW 13/04 -; LSG Hamburg, 28.06.2005 - L 3 B 138/05 R -); vgl. auch B.1.3.
--	--	--

<b>VII.</b>	<b>Sozialhilfe</b>	
<b>1.</b>	<b>Abschluss von Vereinbarungen mit Einrichtungen (§§ 75ff.SGB XII)</b>	Gewinn bzw. Minder-einnahmen (LSG Baden-Württemberg, 13.07.2006 - L 7 SO 1902/06 ER-B -) innerhalb von drei Jahren, wenn kein kürzerer Zeitraum streitig ist. Maßgebend sind die Pflegeplätze, die mit Personen belegt sind, für die der Sozialhilfeträger eintrittspflichtig ist (LSG für das Saarland, 04.12.2008 - L 11 B 8/08 SO -).
<b>2.</b>	<b>Entscheidungen der Schiedsstelle (§ 80 SGB XII)</b>	Differenz der begehrten zu der festgelegten Vergütung im Vergütungszeitraum ( Hessisches LSG, 25.02.2011 L 7 SO 237/10 KL -).
<b>3.</b>	<b>Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 117 SGB XII)</b>	Auffangstreitwert ohne Abschlag, da § 52 Abs. 2 GKG dies nicht vorsieht (BSG, 14.05.2012 - B 8 SO 78/11 B -); a.A.: Hälfte des Regelstreitwerts (LSG Baden-Württemberg, 29.08.2007 - L 2 SO 1979/07 W-B -; SG Gelsenkirchen, 26.02.2008 - S 8 SO 21/08 -; SG Aachen, 17.12.2009 - S 20 SO 86/09 ER -; LSG Nordrhein-Westfalen, 01.09.2010 - L 12 SO 61/09 -; 07.05.2012 - L 20 SO 32/12 -); vgl. aber auch C. VIII. 5. und B. 28.
<b>4.</b>	<b>Anspruchsübergang nach dem Tod des Leistungsberechtigten (§ 19 Abs. 6 SGB XII)</b>	Es gilt die Kostenprivilegierung des § 183 SGG für den, der dieses Recht geltend macht (BSG,

		01.09.2008 - B 8 SO 12/08 B -; 13.07.2010 - B 8 SO 13/09 R -; 02.02.2012 - B 8 SO 15/10 R -).
5.	<b>Erstattungsanspruch des Nothelfers (§ 25 SGB XII)</b>	Kostenprivilegierung (§ 183 SGG), da Fortwirkung des ursprünglichen Sozialhilfeanspruchs des Leistungsberechtigten (BSG, 11.06.2008 - B 8 SO 45/07 B -; 19.05.2009 - B 8 SO 4/08 R -).
6.	<b>Heranziehung zu einem Kostenbeitrag gem. § 92 Abs. 1 S. 2 SGB XII und § 92a SGB XII</b>	
6.1	Gegenüber dem Leistungsberechtigten	Kostenprivilegierung (§ 183 SGG)
6.2	Gegenüber den anderen in § 19 Abs. 3 SGB XII (§ 92 Abs. 1 SGB XII) oder § 92a Abs 1 SGB XII genannten Personen	Kostenprivilegierung in entsprechender Anwendung des § 183 SGG (SG Braunschweig, 04.03.2011 - S 32 SO 208/08 -; Meyer-Ladewig, SGG, 10. Aufl., § 183 RdNr. 7a).
7.	<b>Überleitung von Ansprüchen (§ 93 SGB XII); Überleitungsbescheid</b>	<p>- Klage des Schuldners gegen die Überleitung: Weniger als die Höhe der übergeleiteten Forderung; wenn das Bestehen des Anspruchs streitig ist, die Hälfte (LSG Baden-Württemberg, 18.07.2008 - L 7 SO 1336/08 W-A , L 7 SO 3383/08 AK-A -), evtl. Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 11.06.2012 - L 7 SO 22/10 B ER -; a.A.: Höhe der übergeleiteten Forderung: Bayerisches LSG, 22.06.2009 - L 18 SO 56/09 B -).</p> <p>- Klage des Sozialhilfeempfängers: Keine Kostenfreiheit nach § 183 SGG und im Regelfall Auffangstreitwert; nur dann die Höhe des übergeleiteten Anspruchs, wenn dieser nicht streitig ist (LSG Nordrhein-Westfalen, 09.01.2007 - L 20 B 137/06</p>

		SO -).
8.	<b>Kostenersatz durch Erben (§ 102 SGB XII)</b>	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 23.03.2010 - B 8 SO 2/09 R -).
9.	<b>Erstattungsstreitigkeiten zwischen Sozialhilfeträgern</b>	Keine Kostenprivilegierung, § 197a Abs. 3 SGG gilt (BSG, 13.07.2010 - B 8 SO 10/10 R -).
10.	<b>Beteiligung von Trägern der Sozialhilfe</b>	<p>- Die Träger der Sozialhilfe sind in allen Streitigkeiten, die nicht Erstattungsstreitigkeiten sind (§ 197a Abs. 3 SGG), von den Gerichtskosten nach § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X befreit. Die Kostenentscheidung ist nach § 197a SGG zu treffen (LSG Nordrhein-Westfalen, 19.03.2009 - L 9 SO 9/07 -).</p> <p>Aus § 197a Abs. 3 SGG lässt sich eine weitergehendere Kostenbefreiung für einen Sozialhilfeempfänger oder einen Dritten nicht herleiten (LSG Nordrhein-Westfalen, 09.01.2007 - L 20 B 137/06 SO -; LSG Baden-Württemberg, 22.11.2007 - L 7 SO 5195/06 -; Meyer-Ladewig, SGG, 10. Aufl., § 197a Rdnrn. 2a und 2b; Groth, SGB 2007, 536, 537).</p> <p>- Ein Land als Träger der Sozialhilfe ist von Gerichtskosten auch dann befreit, wenn es an Erstattungsstreitigkeiten mit anderen Leistungsträgern beteiligt ist (§ 2 Abs. 1 Satz 1 GKG; Groth, SGB 2007, 536, 537f.).</p>

<b>VIII.</b>	<b>Grundsicherung für Arbeitsuchende</b>	
1.	<b>Abschluss einer Vereinbarung zur Schaffung von Arbeitsgelegenheiten (§§ 16d, 17 Abs. 2 SGB</b>	Keine Kostenprivilegierung, da institutionelle Förderung

	<b>II)</b>	begehrt (SG Hamburg, 27.04.2010 - S 59 AS 113/08 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 02.05.2012 - L 19 AS 521/12 B -); a.A.: Gleichstellung mit einem Leistungsempfänger nach § 183 SGG <vgl. C. I. 4> (LSG Berlin-Brandenburg, 18.03.2008 - L 29 B 1675/07 AS -).
<b>2.</b>	<b>Vermittlungsgutschein (§ 16 SGB II, § 421g SGB III idF bis 31.03.2012, § 45 Abs. 4ff. SGB III)</b>	Der Vermittler ist kein Leistungsempfänger im Sinne des § 183 SGG (BSG, 16.02.2012 - B 4 AS 77/11 R -); vgl. auch C. I. 8.2.
<b>3.</b>	<b>Übergang von Ansprüchen (§ 33 SGB II)</b>	Bei Klage eines Dritten auf Durchführung des Verfahrens gegen den Schuldner bzw. auf Information, der Auffangstreitwert (Bayerisches LSG, 23.04.2007 - L 11 B 818/06 AS ER -).
<b>4.</b>	<b>Erbenhaftung (§ 35 SGB II)</b>	Keine Kostenprivilegierung, vgl. C. VII. 8. (SG Berlin, 24.05.2011 - S 149 AS 21300/08 -).
<b>5.</b>	<b>Erteilung einer Auskunft über die Einkommens- und Vermögensverhältnisse (§ 60 SGB II)</b>	Auffangstreitwert <ohne Abschlag> (BSG, 24.02.2011 - B 14 AS 87/09 R -; LSG Baden-Württemberg, 27.09.2011 - L 13 AS 4950/10 -); a.A.: die Hälfte des Auffangstreitwerts (vgl. C. VII. 3, LSG Nordrhein-Westfalen, 29.01.2007 - L 1 AS 12/06 -; SG Hildesheim, 26.02.2010 - S 26 AS 1017/07 -; SG Karlsruhe, 25.08.2011 - S 8 AS 5502/10 - <Bezugnahme auf den Streitwertkatalog der Verwaltungsgerichtsbarkeit>; LSG Sachsen-Anhalt, 12.03.2012 - L 5 AS 177/10 B -); vgl. auch B. 28.
<b>6.</b>	<b>Beteiligung von Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende</b>	Keine Befreiung von den Gerichtskosten nach § 197a SG; § 64 Abs. 3 Satz 2 SGB X bewirkt nur eine Befreiung von den Pauschgebühren

		(Groth, SGB 2007, 536); vgl. auch C. VII. 10.
7.	<b>Abzweigung (§ 48 Abs. 1 S. 1 SGB I)</b>	Keine Kostenprivilegierung (BSG, 17.03.2009 - B 14 AS 34/07 R -); vgl. auch C. I. 16.

<b>IX.</b>	<b>Unfallversicherung</b>	Vgl. allgemein: Becker/Spellbrink, NZS 2012, 283ff.)
1.	<b>Anfechtung der Wahl der Vertreterversammlung (§ 46, § 57 SGB IV)</b>	Regelstreitwert (LSG Baden-Württemberg, 06.08.2004 - L 7 U 3170/04 W-A -); vgl. auch C.X.14.
2.	<b>Beitragsforderung (§ 150, § 168 SGB VII); Gefahrarif, Gefahrklassen (§§ 157ff. SGB VII)</b>	
2.1	Veranlagungsbescheid bei noch bestehender Mitgliedschaft	- Bei Streit um die Veranlagung dem Grunde nach: Die im Zeitpunkt der Antragstellung (§ 40 GKG) bezifferbare Beitragslast (BSG, 08.09.2009 - B 2 U 113/09 B -).  - Bei Streit um die Höhe der Veranlagung: Grundsätzlich das Dreifache des Differenzbetrages zwischen dem geforderten und dem bei einem Erfolg der Klage zu erwartenden Jahresbeitrag; bei Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis: einfacher Auffangstreitwert (Becker/ Spellbrink, NZS 2012, 283ff.).
2.2	Veranlagungsbescheid bei beendeter Mitgliedschaft	Höhe der Beitragsforderung (BSG, 17.05.2011 - B 2 U 18/10 R -).
2.3	Beitragsbescheid	Höhe der Forderung (BSG, 22.09.2009 - B 2 U 32/08 R -; B 2 U 2/08 R -); vgl. auch C.IX.4.2
3.	<b>Mitgliedschaft bei Berufsgenossenschaft (§§ 121ff., § 136 SGB VII); Zuständigkeitsstreit</b>	Dreifacher Jahresbeitrag des Unfallversicherungsträgers, gegen dessen Zuständigkeit sich der Kläger wendet, bei

		Nichtfeststellbarkeit der erstrebten Beitragsersparnis: einfacher Auffangstreitwert (Becker/ Spellbrink, NZS 2012, 283ff.; BSG, 31.01.2012 - B 2 U 3/11 R -).
<b>4.</b>	<b>Versicherungspflicht als Unternehmer (§ 2 SGB VII)</b>	
4.1	Feststellung der (Mit-)Unternehmereigenschaft eines Beigeladenen; Klage des Unternehmers	Auffangstreitwert (BSG, 05.02.2008 - B 2 U 3/07 R -).
4.2	Gleichzeitiger Streit um Versicherungspflicht und Beitragspflicht	Höhe der Beiträge, hilfsweise der einfache Auffangstreitwert; keine Kostenprivilegierung, da nicht nur der Status als Versicherter maßgebend ist, sondern sich der Kläger auch gegen die Erhebung von Beiträgen gegenüber ihm als Unternehmer wendet (BSG, 05.03.2008 - B 2 U 353/07 B -; 18.01.2011 - B 2 U 16/10 R -; 19.04.2012 - B 2 U 348/11 B -; Köhler SGB 2008, 76ff. mwN; LSG Berlin-Brandenburg, 05.11.2008 L 3 B 1007/05 U -; LSG Niedersachsen-Bremen, 04.08.2010 - L 3 B 32/08 U - ); a.A.: Wegen der Identität des beitragspflichtigen Unternehmers mit dem Versicherten gerichtskostenfrei nach § 183 SGG (LSG Sachsen, 02.05.2005 - L 2 B 236/04 U/LW/ER -; 22.11.2005 - L 2 B 206/05 U -; LSG Baden-Württemberg, 04.05.2005 - L 2 U 5059/04 ER-B -; Bayerisches LSG, 29.6.2005 - L 1/3 U 291/04 -; vgl. auch B.1.3).
<b>5.</b>	<b>Beschränkung der Haftung gegenüber Versicherten, ihren Angehörigen und Hinterbliebenen (§§ 104ff. SGB VII)</b>	
5.1	Klage des in der Haftung beschränkten Unternehmers auf Feststellung eines Versicherungsfalles (§§ 109, 108, 104 SGB VII)	Auffangstreitwert (BSG, 26.06.2007 - B 2 U 35/06 R -; 29.11.2011 - B 2 U 27/10 R -).
5.2	Feststellung des Umfangs der von dem Unfallversicherungsträger dem Versicherten erbrachten Leistungen gegenüber dem Dritten	Höhe der Leistungen (BSG, 31.01.2012 - B 2 U 12/11 R -).

<b>X.</b>	<b>Vertragsarztrecht</b>	
<b>1.</b>	<b>Genehmigung zur Erbringung und Abrechnung von Leistungen außerhalb der Zulassung</b> (§ 72 Abs. 2, § 82 Abs. 1 S. 1 SGB V iVm den Verträgen; u.a. §§ 73 Abs. 1 S. 5, 121a, 135 Abs. 2 SGB V)	erzielbare Einkünfte für einen Dreijahreszeitraum (LSG Nordrhein-Westfalen, 04.01.2012 - L 11 KA 140/10 B -), hilfsweise Regelstreitwert (BSG, 26.02.1996 - 6 RKa 20/95 -).  Wenn eine Voraussetzung für die Erteilung der Genehmigung <Bestehen eines Kolloquiums> Gegenstand ist: Regelstreitwert (Bayerisches LSG, 23.12.2010 - L 12 KA 110/10 B).
<b>2.</b>	<b>Anstellung eines Arztes in der Vertragsarztpraxis &lt;Entlastungsassistent&gt;</b> (§ 95 Abs. 9, § 115, § 98 Abs. 2 Nr. 13 iVm der Zulassungsverordnung)	Wie bei C.X.16.5; zusätzliche Einnahmen aus der Tätigkeit des Assistenten für drei Jahre, es sei denn, die Genehmigung bezieht sich auf einen kürzeren Zeitraum. Abziehen sind die durchschnittlichen Praxiskosten und das zu zahlende Gehalt des Assistenten (BSG, 27.11.2006 - B 6 KA 38/06 B -); evtl. Auffangstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 26.05.2010 - L 3 KA 69/09 -).
<b>3.</b>	<b>Belegarzt</b> (§ 121 SGB V, Vertrag nach § 82 Abs. 1 SGB V)	Wie bei C.X.16.5 (SG Marburg, 22.03.2007 - S 12 KA 80/07 ER - ; Hessisches LSG, 02.03.2007 - L 4 KA 5/07 ER - : im einstweiligen Rechtsschutz durchschnittliche Zeitdauer eines erstinstanzlichen Klageverfahrens im Vertragsarztrecht; Wenner/Bernard, NZS 2006, 1, 4; vgl. auch C. X. 16.2).
<b>4.</b>	<b>Budgetierungsmaßnahmen</b> (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V, einheitlicher Bewertungsmaßstab)	
4.1	Budgeterweiterung	Differenz der Fallpunktzahl im streitigen Zeitraum, hilfsweise für zwei Jahre; dabei ist der Punktwert des letzten vor Klageerhebung abgerechneten Quartals zugrunde zu legen (LSG Sachsen, 23.10.2002 - L 1 B 66/02 KA -; LSG Baden-

		Württemberg, 22.09.1998 - L 5 KA 2660/98 W-B -).
4.2	Budgetüberschreitung	Höhe der Honorarkürzung.
4.3	Budgetfreistellung	Regelstreitwert.
4.4	Fallzahlzuwachsbegrenzung (§ 85 Abs. 4 SGB V, Honorarverteilungsmaßstab)	Höhe der Honorarkürzung. Im einstweiligen Rechtsschutzverfahren der prognostizierte Gewinn für ein Kalenderjahr (LSG Berlin-Brandenburg, 27.01.2012 -L 7 KA 87/11 B ER -); vgl. auch C. X. 16.2.
<b>5.</b>	<b>Disziplinarmaßnahmen (§ 81 Abs. 5 SGB V iVm der Disziplinarordnung)</b>	
5.1	Verwarnung, Verweis, Geldbuße	Regelstreitwert zuzüglich des Betrages der Geldbuße (BSG, 01.02.2005 - B 6 KA 70/04 B -) und einer festgesetzten Verwaltungsgebühr (SG Marburg, 02.02.2011 - S 12 KA 902/09 -).
5.2	Anordnung des Ruhens der Zulassung	Mutmaßlicher Umsatz im Ruhenszeitraum abzüglich der Praxiskosten, Zuschlag von 25 Prozent wegen der Folgewirkungen (u.a. "Abwandern" von Patienten) (Bayerisches LSG, 23.06.1993 - L 12 B 163/92 Ka -).
5.3	Berichtigung eines Sitzungsprotokolls des Disziplinarausschusses	Auffangstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 09.11.2011 - L 3 KA 105/08 -).
<b>6.</b>	<b>Ermächtigung (§ 98 Abs. 2 Nr. 11 SGB V iVm der Zulassungsverordnung)</b>	
6.1	persönliche Ermächtigung von Krankenhausärzten zur Teilnahme an der vertragsärztlichen Versorgung (§ 116 SGB V)	- erzielbare Einnahmen abzüglich der Praxiskosten und Abgaben an das Krankenhaus im streitigen Zeitraum (BSG, 06.09.1993 - 6 RKa 25/91 -)  - bei Streit über Inhalt bzw. Umfang der erteilten Ermächtigung: Regelstreitwert.
6.2	Ermächtigung ärztlich geleiteter Einrichtungen	Bruttoeinnahmen im streitigen

	(§§ 117 bis 120 SGB V)	Zeitraum abzüglich der Einnahmen aus erteilten oder zu Unrecht nicht erteilten Ermächtigungen, bei fehlenden Anhaltspunkten über die Einnahmen: pauschaler Abzug von 50 v.H. (BSG, 21.12.1995 - 6 RKa 7/92 -); bei fehlenden Anhaltspunkten zu dem Umsatz: Regelstreitwert pro Quartal für zwei Jahre <übliche Ermächtigungsfrist> ( LSG Niedersachsen-Bremen, 09.12.2009 - L 3 KA 29/08 -) bzw. Schätzung <hier 10.000 € pro Monat bei vorläufiger Regelung> (LSG Nordrhein-Westfalen, 27.05.2009 - L 11 KA 2/09 ER -).
6.3	Konkurrentenklage gegen Ermächtigung	Im Einzelfall zu schätzender Anteil der Umsatzeinbuße der von der Ermächtigung betroffenen Leistungen abzüglich der Praxiskosten (BSG, 24.02.1997 - 6 BKa 54/95 -) für drei Jahre, wenn nicht kürzerer Zeitraum streitig; bei fehlenden Anhaltspunkten für die konkreten Auswirkungen der Ermächtigung für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert (BSG, 07.12.2006 - B 6 KA 42/06 R -); vgl. auch C.X.16.8.
6.4.	Ermächtigung zur Teilnahme an der vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Geschätzter Jahresgewinn für den streitigen - im Regelfall zweijährigen - Zeitraum (BSG, 19.07.2006 - B 6 KA 33/05 B -).
<b>7.</b>	<b>Gemeinschaftspraxis (§ 98 Abs. 2 Nr. 13a SGB V iVm der Zulassungsverordnung)</b>	
7.1	Genehmigung	Schätzung anhand der Einkommensverhältnisse und der Schwierigkeit der Angelegenheit (BSG, 06.01.1984 - 6 RKa 7/81 -); evtl. dreifacher Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 10.09.2010 - L 7 KA 121/09 -).
7.2	Anordnung der Auflösung	Regelstreitwert (Hessisches LSG, 06.01.2003 - L 7 KA 1116/02 ER -).
7.3	Vergütungsanspruch	Keine Berechnung von Einzelstreitwerten, da Gesellschaft

		bürgerlichen Rechts (BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -).
7.4	Genehmigung der Verlegung des Vertragsarztsitzes durch den Praxispartner; Klage des verbleibenden Praxispartners	Dreifacher Regelstreitwert (entspr. C.X.16.10: vgl. BSG, 14.03.2002 - B 6 KA 60/00 B -).
8.	<b>Gesamtvergütung, Klage der KÄV/KZÄV gegen die Krankenkasse (§ 85 Abs. 1, 2 SGB V)</b>	Höhe des Zahlungsanspruchs.
9.	<b>Verlangen der Herausgabe von Krankenunterlagen eines Arztes zur Prüfung eines Schadensregresses</b>	Bei geringem in Betracht kommenden Schadensregressbetrag: Hälfte des Regelstreitwertes (LSG Baden-Württemberg, 25.06.1997 - L 5 Ka 855/97 W-A -); vgl. aber A. 2. b).
10.	<b>Honorarstreitigkeiten (§ 85 Abs. 4 ff. SGB V)</b>	
10.1	Honoraransprüche oder Honorarberichtigungen	<p>- Höhe des geltend gemachten Honorars oder der vorgenommenen Honorarberichtigung (BSG, 06.11.1996 - 6 RKa 19/95 -; LSG Nordrhein-Westfalen, 18.04.2006 - L 10 B 1/06 KA -; 05.07.2006 - L 10 B 8/06 KA -) bei Zugrundelegung eines durchschnittlichen oder geschätzten Punktwertes (Wenner/Bernard, NZS, 2001,57,61).</p> <p>- bei fehlenden Umsatzzahlen: der angestrebte, d.h. innerhalb der nächsten Zeit nach objektiven Gesichtspunkten zu erzielende Umsatz abzgl. des Praxiskostenanteils, dabei kann auf die von der Kassenärztlichen Bundesvereinigung veröffentlichten Umsatzzahlen zurückgegriffen werden (LSG Nordrhein-Westfalen, 25.06.2008 - L 11 B 16/07 KA ER -).</p>
10.2	Einheitlicher Bewertungsmaßstab (EBM) (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB V)	Bei Abwertung von Leistungspositionen: Höhe der Honorar einbuße (BSG, 15.11.1996 - 6 RKa 49/95 -; 06.02.1997 - 6 RKa 48/95 -); wenn nicht konkretisierbar: Regelstreitwert (BSG, 10.05.2004 - B 6 KA 129/03 B -).
10.3	Abrechenbarkeit einer Gebührennummer (§ 87 Abs. 1 S. 1 SGB iVm EBM)	Wert der Leistung für ein Jahr (vgl. C.X.10.4.2).

10.4	Honorarverteilungsmaßstäbe (HVM) (§ 85 Abs. 4 SGB V)	
10.4.1	Zuordnung zum Honorarfonds der Fachärzte	Höhe der Nachvergütung der streitigen Quartale (LSG Sachsen, 27.01.2005 - L 1 KA 6/04 -).
10.4.2	Zuordnung zu anderer Arztgruppe (EBM)	Nachvergütungsbetrag eines Quartals mal vier (ein Jahr; BSG, 20.10.2004 - B 6 KA 15/04 R -).
10.4.3	Festsetzung eines Basisvolumens	Honorarverlust für vier Quartale (LSG Rheinland-Pfalz, 22.06.2009 - L 5 KA 26/09 B -), evtl der vierfache Auffangstreitwert (ein Jahr; LSG Rheinland-Pfalz, 10.12.2007 - L 5 B 342/07 KA -).
10.5	Praxiskosten	Kein Abzug vom Streitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57,61).
10.6	Fallpunktzahlmenge (§ 85 Abs. 4ff. SGB V)	Differenz der abgerechneten und der maximal zustehenden Punkte (BSG, 05.05.2000 - B 6 KA 71/97 -; 09.05.2000 - B 6 KA 72/97 R -).
10.7	Zusätzliches Honorar bei "fachfremder" Behandlung (Überweisungsverbot; zulassungsrelevante Entscheidung) (§ 73 SGB V)	Erzielbare Einnahmen für drei Jahre unter Abzug der Praxiskosten; bei einem Überweisungsverbot unter Abzug der erzielbaren Einnahmen aus dem "Verkauf" an andere Vertragsärzte (BSG, 03.03.1997 - 6 RKa 21/95 -).
10.8	(unzulässige) vorbeugende Unterlassungsklage gegen Honorarbescheid	Regelstreitwert (LSG Niedersachsen-Bremen, 07.10.2005 - L 3 KA 139/05 ER -).
10.9	Feststellung der Befugnis zur Erbringung und Abrechnung einer Leistung	Höhe des begehrten zusätzlichen Honorars ohne Minderung im Hinblick auf das Feststellungsbegehren (SG Dresden, 14.03.2012 - S 18 KR 237/11 ER -); vgl. auch B. 2.1.
10.10	Vorlage einer Lebensbescheinigung als Voraussetzung zur Teilnahme an der erweiterten Honorarverteilung	Regelstreitwert (SG Marburg, 20.07.2011 - S 12 KA 446/10 -).
10.11	Einstweilige Anordnung	Vgl. C. X. 16.2.; Umsatz für ein Jahr (LSG Nordrhein-Westfalen, 19.07.2010 - L 11 KA 20/10 B -).

<b>11.</b>	<b>Schiedswesen, Schiedsamt (§ 89 SGB V)</b>	
11.1	Klage gegen Anberaumung eines Termins und Ladung zu einer Sitzung des Schiedsamts	Auffangstreitwert (LSG Hamburg, 20.11.2008 - L 2 KA 25/08 KL ER -).
11.2	Beanstandungsverfügung	Bei Ersetzung eines Gesamtvertrages zur Gesamtvergütung (§§ 82, 85 SGB V): Wert der Gesamtvergütung (Hessisches LSG, 29.09.2010 - L 4 KA 54/09 KL -).
11.3	Verhinderung einer Honorarverteilung durch Schiedsspruch (Weitergeltung der früheren günstigeren Honorarverteilung)	50 000 € (LSG Niedersachsen-Bremen, 22.12.2004 - L 3 KA 368/04 ER -).
11.4	Begehren eines neuen Vertrags bzw. Schiedsspruchs	Ist das Klagebegehren auf einen neuen Vertrag bestimmten Inhalts gerichtet, Differenz zwischen dem Ergebnis der Schiedsamtentscheidung und dem geltend gemachten Betrag. Zielt das Begehren auf einen neuen Schiedsspruch mit ungewissem Inhalt, wie bei einem Neubescheidungsantrag, die Hälfte des optimal erlangbaren Betrags. Nur wenn finanziell nicht messbare Grundsatzfragen streitig sind, Regelwert (BSG, 28.01.2009 - B 6 KA 38/08 B -).
<b>12.</b>	<b>Notdienst (§ 75 Abs. 1 S. 2 SGB V iVm der Satzungsregelung der KÄV/KZÄV, § 81 SGB V)</b>	
12.1	Abberufung als Vorsitzender der Notdienstkommission	Regelstreitwert (LSG Sachsen, 15.07.2002 - L 1 B 12/02 KA -).
12.2	Befreiung vom Bereitschaftsdienst (Notfalldienst)	Regelstreitwert (LSG Schleswig-Holstein, 25.02.2005 - L 4 B 32/04 KA ER -; LSG Hessen, 25.02.2005 - L 6/7 B 99/04 KA -; LSG Niedersachsen-Bremen, 25.08.2005 - L 3 KA 74/05 ER -; Sächsisches LSG, 14.12.2011 - L 1 KA 25/10 -).
12.3	Eingliederung von Fachärzten in den allgemeinen Notdienst	Regelstreitwert (SG Dresden, 10.02.2005 - S 11 KA 260/04 -).
12.4	Klage auf Teilnahme am Notdienst	zusätzliche Honorarsumme im Quartal für zwei Jahre (LSG Niedersachsen-Bremen,

		11.08.2005 - L 3 KA 78/05 ER -).
12.5	Vertretung für den Notfalldienst	Kosten der Vertretung (LSG Rheinland-Pfalz, 29.08.1977 - L 6 Ka 5/76 -).
<b>13.</b>	<b>Praxisübernahme</b>	
13.1	Praxiskauf	Kaufpreis (LSG Berlin, 23.09.1997 - L 7 Ka-SE 27/97 -).
13.2	Antrag auf zusätzliche Zulassung bei angestrebtem Praxiskauf	Siehe Erstzulassung (vgl. C.X.16.5), da Zulassungsstreit (LSG Baden - Württemberg, 27.08.1999 - L 5 KA 1576/99 W-B -).
<b>14.</b>	<b>Wahlanfechtung (§ 80, § 81 Abs. 1 Nr. 2 SGB V iVm der Wahlordnung)</b>	Regelstreitwert; mehrfacher Regelstreitwert (§ 39 Abs. 1 GKG), wenn die Besetzung mehrerer Positionen angefochten wird, für die jeweils gesonderte Wahlhandlungen vorgesehen sind. Die Zahl der die Wahlanfechtungen betreibenden Kläger ist ohne Bedeutung (BSG, - 14.09.2006 - B 6 KA 24/06 B -; 19.09.2006 - B 6 KA 30/06 B -); vgl. B. 5.3.
<b>15.</b>	<b>Wirtschaftlichkeitsprüfung (§ 106 SGB V)</b>	
15.1	Beratung (§ 106 Abs. 1a SGB V)	Ein Viertel des Regelstreitwertes (Bayerisches LSG, 07.09.1998 - L 12 B 350/97 KA -).
15.2	Bescheidungsantrag bei Honorarkürzung oder Regress	Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages ohne Abschlag (BSG, 23.02.2005 - B 6 KA 72/03 R -; BSG, 16.07.2008 - B 6 KA 57/07 R -; 13.10.2010 - B 6 KA 2/10 B -; a.A.: die Hälfte, Hessisches LSG, 27.06.2007 - L 4 B 152/07 KA -); dies gilt auch bei einer Klage der Krankenkasse gegen die Ablehnung eines Regresses; keine Herabsetzung, wenn auch Versicherte anderer Kassen betroffen sind, mit Ausnahme einer Einzelfallprüfung (LSG Rheinland-Pfalz, 24.08.2006 - L 5 KA 201/06 KA -).
15.3	Honorarkürzung oder Regress	- Höhe des Kürzungs- oder des Regressbetrages (BSG, 15.06.1998 - 6 RKa 40/96 -; 17.06.2009 - B 6 KA 6/09 B -; 13.10.2010 - B 6 KA

		<p>2/10 B -).</p> <p>- wenn nur eingeschränkte Anfechtung in nicht quantifizierbarem Umfang: Hälfte der Differenz zwischen dem zuerkannten und dem abgerechneten Honorar (LSG Niedersachsen-Bremen, 19.08.2003 - L 3 B 38/03 KA -).</p>
15.4	Regress bei Richtgrößenprüfung; Klage einer Krankenkasse	<p>Gesamtbetrag der Honorarkürzung, da die Überwachung der Wirtschaftlichkeit von übergreifendem Interesse für alle Krankenkassen und Verbände ist (LSG Rheinland-Pfalz, 24.08.2006 - L 5 B 201/06 KA -); a.A.: Höhe des auf die Krankenkasse entfallenden Regressanteils (LSG Berlin-Brandenburg, 03.04.2008 - L 7 B 18/08 KA -).</p>
15.5	Auszahlung des Honorars; einstweilige Anordnung	<p>Das wirtschaftliche Interesse bemisst sich nach der Länge des Hauptsacheverfahrens und dem Zinsinteresse (LSG Nordrhein-Westfalen, 07.11.2011 - L 11 KA 110/11 B -).</p>
15.6	Feststellung/Anordnung der aufschiebenden Wirkung einer Klage gegen einen Regress	<p>Keine Vorwegnahme der Hauptsache, daher ein Viertel des Streitwerts der Hauptsache, vgl. B. 11.1 (LSG Rheinland-Pfalz, 19.04.2012 - L 7 KA 70/11 B -).</p>
<b>16.</b>	<b>Zulassungsverfahren von Ärzten, Zahnärzten und Psychotherapeuten (§ 95 SGB V iVm den Zulassungsverordnungen nach § 98 SGB V)</b>	
16.1	Eintragung in das Arztregister als Vorstufe der Zulassung (§§ 95a, 95c SGB V)	<p>- bei faktischer Vorwegnahme der Zulassung: Höhe der Einnahmen wie bei C.X.16.5.</p> <p>- im übrigen: Höhe der Einnahmen in dem streitigen Zeitraum der Weiterbildung (BSG, 21.03.1997 - 6 RKa 29/95 -).</p>
16.2	Einstweilige Anordnung	<p>Höhe der Einnahmen (wie bei C.X.16.5) während der voraussichtlichen Verfahrensdauer von einem Jahr ohne Abschlag (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 59; 2003, 568, 571; 2006, 1, 3f.;</p>

		<p>LSG Hamburg, 08.03.2011 - L 1 KA 22/11 B ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 11.01.2012 - L 7 KA 91/11 B -; abweichend: je Instanz &lt;Hauptsache&gt; ein Jahr, Bayerisches LSG, 25.04.2005 - L 12 B 203/04 KA -; LSG Nordrhein-Westfalen, 17.01.2011 - L 11 KA 87/10 B ER -).</p>
16.3	Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Zulassungsbeschlusses	<p>Voraussichtliche Honorareinnahmen im Zeitraum zwischen dem Zulassungsbeschluss bis zur gerichtlichen Entscheidung (SG Marburg, 10.11.2011 - S 12 KA 790/11 ER -).</p>
16.4	Entziehung der Zulassung	<p>Wie bei C.X.16.5,wobei auf die konkret erzielten Umsätze zurückgegriffen werden kann (BSG, 07.04.2000 - B 6 KA 61/99 B -; 25.09.2005 - B 6 KA 69/04 B -), evtl. Regelstreitwert für 12 Quartale (LSG Baden-Württemberg, 20.10.2010 - L 5 KA 2155/09 -); bei einem Laborarzt ist das gesamte Honorar bestehend aus dem Leistungsanteil und den Analyse-sachkosten zu berücksichtigen (LSG Nordrhein-Westfalen, 10.12.2007 - L 10 B 39/06 KA -).</p>
16.5	Erstzulassung	<ul style="list-style-type: none"> <li>- Höhe der bundes-durchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe (in den neuen Bundesländern: Durchschnitt dieser Länder) abzüglich des durchschnittlichen Praxiskostenanteils in einem Zeitraum von drei Jahren (BSG, 01.09.2005 - B 6 KA 41/04 R -; 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -)</li> <li>- bei fehlenden Daten bzgl Umsätzen und Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf durchschnittliche Werte aller Arztgruppen (BSG, 12.10.2005 - B 6 KA 47/04 B -)</li> <li>- bei fehlenden Daten bzgl Praxiskostenanteilen: Rückgriff auf einen "pauschal gegriffenen Kostensatz" von 50 vH (BSG, 12.10.2005 - B 6</li> </ul>

		<p>Ka 47/04 B -)</p> <p>– Unterschreiten des "Berechnungszeitraums" von drei Jahren möglich, wenn kürzere Tätigkeit zu erwarten ist (BSG, 28.01.2000 - B 6 KA 22/99 R -)</p> <p>– in einem atypischen Fall, in welchem die durchschnittlichen Umsätze der Arztgruppe dem wirtschaftlichen Interesse des Arztes nicht annähernd entsprechen, ist für jedes Quartal des Dreijahreszeitraums der Regelwert ohne Abzug von Praxiskosten anzusetzen (BSG, 12.09.2006 - B 6 KA 70/05 B -; LSG Rheinland-Pfalz, 22.06.2010 - L 5 KA 25/10 B ER -).</p>
16.6	Erteilung einer weiteren Zulassung	Mehreinnahmen innerhalb eines Zeitraumes von drei Jahren (BSG, 11.11.2005 - B 6 KA 12/05 B -).
16.7	Erhalt von zwei vollen Versorgungsaufträgen durch Verlegung eines Teils der ärztlichen Tätigkeit an einen anderen Ort	Auffangstreitwert (BSG, 09.02.2011 - B 6 KA 44/10 B -).
16.8	Konkurrentenklage gegen Zulassung	Wie bei C.X.16.5; bei einem offenen Ausgang des Auswahlverfahrens jedoch nur 1/3 des vollen Zulassungsinteresses (LSG Schleswig-Holstein, 28.06.2007 - L 4 B 269/06 KA ER -; wenn Interesse nicht zu beziffern: 60.000 € <Auffangstreitwert für 12 Quartale>, BSG, 29.06.2011 - B 6 KA 4/11 B -; LSG Nordrhein-Westfalen, 16.03.2011 - L 11 KA 96/10 B ER -); a.A. bei Praxisübernahme: Durchschnittsumsatz in der Arztgruppe ohne Abzug von Praxiskosten (Wenner/ Bernard, NZS 2001, 57, 60).
16.9	Nebenbestimmungen zu einer Zulassung (Bedingung)	Wie bei C.X.16.5.
16.10	Verlegung des Arztsitzes	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2001, 57, 60).
16.11	Weiterführung von Behandlungen nach Versagung der Zulassung zur vertragspsychotherapeutischen Versorgung	Zu erwartendes Honorar (BSG, 08.04.2005 - B 6 KA 52/04 B -).

16.12	Zweigpraxis	Dreifacher Regelstreitwert (Wenner/Bernard, NZS 2003, 568, 572; Hessisches LSG, 13.11.2007 - L 4 KA 57/07 ER -; LSG Rheinland-Pfalz, 11.06.2010 - L 5 KA 61/09 B -); a.A.: 60.000 € <Auffangstreitwert für 12 Quartale>, jedoch auch Berücksichtigung des angebotenen Zeitkontingentes sowie von Art und Umfang der ärztlichen Leistungen (LSG Nordrhein-Westfalen, 17.12.2009 - L 11 B 7/09 KA -; 16.03.2011 - L 11 KA 96/10 B ER -).
16.13	Erteilung einer Nebentätigkeitsgenehmigung als Konsiliararzt	Voraussichtliche Honorareinnahmen für drei Jahre abzüglich der Betriebskosten (LSG Nordrhein-Westfalen, 24.02.2006 - L 10 B 21/05 KA -).
<b>17.</b>	<b>Medizinisches Versorgungszentrum (§ 95 SGB V)</b>	
17.1	Genehmigung zur Anstellung eines Arztes (§ 95 Abs. 2 Satz 7 SGB V)	In Anlehnung an C. X. 16.5: Regelstreitwert pro Quartal für drei Jahre (LSG Rheinland-Pfalz, 12.07.2011 - L 5 KA 19/11 B ER -).
17.2	Zulassung	Wie 17.1: SG Karlsruhe, 17.12.2010 - S 1 KA 575/10 -).
17.3	Nachbesetzung einer Arztstelle (§ 103 Abs. 4a Satz 3 SGB V)	Höhe des mit dem Arzt vereinbarten Gehalts im streitigen Zeitraum (LSG Baden-Württemberg, 08.12.2010 - L 5 KA 3673/10 ER-B -).
17.4	Entziehung der Zulassung (§ 95 Abs. 6 SGB V)	In Anlehnung an C. X. 16.2: Honorarumsätze eines Jahres abzüglich der Praxiskosten (SG Berlin, 20.11.2009 - S 83 KA 673/09 ER -; LSG Berlin-Brandenburg, 09.02.2010 - L 7 KA 169/09 B ER -).
17.5.	Befreiung vom Bereitschaftsdienst (Notfalldienst)	In Anlehnung an C. X. 12.2: Auffangstreitwert (Sächsisches LSG, 14.12.2011 - L 1 KA 25/10 -).
17.6	Kosten für die Teilnahme an einer erweiterten Honorarverteilung	Durchschnittliche Kosten je beschäftigtem Arzt für drei Jahre (SG Marburg, 10.07.2009 - S 12 KA 646/08 -).
<b>18.</b>	<b>Praxisübernahme (§ 103 Abs. 4 SGB V)</b>	

18.1	Begehren auf Durchführung des Ausschreibungsverfahrens	Regelwert für zwölf Quartale, da Ähnlichkeit mit einer Zulassungsstreitigkeit (BSG, 28.11.2007 - B 6 KA 26/07 R -).
18.2	Anordnung der sofortigen Vollziehung eines Zulassungsbeschlusses	Honorarumsätze abzüglich der Praxiskosten für die (voraussichtliche) Dauer des Widerspruchsverfahrens (SG Marburg, 25.11.2011 - S 12 KA 797/11 ER -).
<b>19.</b>	<b>Substitutionsbehandlung</b>	
19.1	Anordnung der KÄV auf Beendigung der Substitutionsbehandlung eines Versicherten durch einen Vertragsarzt ("Substitutionsrichtlinie", §§ 92 Abs. 1 Satz 2 Nr. 5, 135 SGB V)	Auffangstreitwert; auf den Umfang einer erst beabsichtigten Honorarrückforderung kann nicht abgestellt werden (Hessisches LSG, 11.03.2009 - L 4 KA 59/07 -).
19.2	Ankündigung einer Qualitätsprüfung, Aufforderung zur Vorlage von Behandlungsdokumentationen (§ 136 Abs. 2 SGB V, Qualitätsprüfungs-Richtlinie Vertragsärztliche Versorgung)	Auffangstreitwert (LSG Berlin-Brandenburg, 28.06.2011 - L 7 KA 50/11 B ER -).
<b>20.</b>	<b>Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses (§ 92 SGB V)</b>	
20.1	Arzneimittel-RL	Bei Antrag auf Unterlassung einer bestimmten Interpretation durch den GBA: erwartete Gewinneinbuße für ein Jahr (LSG Berlin-Brandenburg, 27.08.2010 - L 7 KA 11/10 KL ER -).